

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verantwortlicher und Schriftföhrer:
J.V.: Dr. C. Geve
Schriftföhrer: Emil Dörfel 4195-4196



Abdruck für Berlin und Gegend:
Berlin O 20 61, Zelle-Adressen-Platz 8
Druckerschrift: Copeland

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalswechsel, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckkosten für beide Teile in Berlin.

Berlin, den 16. August 1930

Spiel mit Reformen.

Int. ins. krant
Gec. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Es gibt eine neue grosse Mode im politischen Deutschland, die fast schon zu einer Modekrankheit zu werden droht. Das ist ein Spiel mit Reformideen, das geradezu epidemisch auftritt.

Reichsreform - Wahlrechtsreform! Jeder, der nicht im Rufe eines geistig Zurückgebliebenen stehen möchte, schliesst sich diesem allgemeinen Verlangen an, und je unsicherer die politische Grundlage des Fordernden, desto entschiedener ist seine Forderung. Wollte man alle, die in letzter Zeit so laut nach der "Reichsreform" geschrien haben, beim Wort nehmen und sie zu ihrem Teile an der Beseitigung des Kleinstaatenelements mitschaffen lassen, so würde sich bald zeigen, dass die angebliche "Reform" sich in das Bestreben nach einer unverkennbaren Rückwärtswandlung auflöst.

Nicht anders steht es mit der Forderung nach der Reform des Reichstagswahlrechts. Hier nimmt das Verlangen schon eine gradezu krankhafte Form an. Freilich versteht jeder unter dieser Reform etwas wesentlich anderes, als sein Nachbar. Die Wirtschaftspartei hat bekanntlich ebenso wie die sogenannte "Deutsche Volkspartei" im letzten Reichstage noch den Antrag eingebracht, das Alter der Wahlberechtigten heraufzusetzen, sodass alle die Jungwähler vom 20. bis zum 25. Lebensjahre in Zukunft von der Wahlbeteiligung ausgeschaltet sein würden. Aber das ist nur eine Spezialforderung zweier besonders verbissener Gegner des allgemeinen Wahlrechts. Einmütigkeit besteht bei den "Reformern" vor allem in dem Wunsche, das heutige Listensystem zu beseitigen oder einzuengen, die grossen Wahlkreise zu zerschlagen und wieder kleine Wahlkreise mit Einzelkandidaten oder ganz kleinen Listen einzuführen, um die "persönliche Föhlung zwischen dem Abgeordneten und seinen Wählern" zu ermöglichen.

Aus sämtlichen liberalistischen, dem Persönlichkeitskult huldigenden Blättern klingt als Kehrreim jeder Wahlmelodie die Forderung nach dem kleinen Wahlkreise mit seinen Führerpersönlichkeiten wieder. Aber auch aus dem Zentrum kommen die gleichen Wünsche und es wird sogar behauptet, dass im Reichsinnenministerium unter Leitung des Herrn Wirth bereits fertige Pläne für eine Verschlimm-böserung des geltenden Wahlrechtes vorlägen. Den Vogel des Reformeifers schieß jedoch das neue Wunderwerk deutscher Parteipolitik ab, die "Deutsche Staatspartei". Sie hat zwar ihre Synthese aus Orient und Okzident, aus Kaisertum und Republik, aus Plutokratismus und jungdeutschem Asketentum noch nicht vollendet. Dafür aber kündigt sie schon an, dass sie die Forderung nach Reichs- und Wahlrechtsreform sogar zum Gegenstand eines Volksbegehrens und Volksentscheidens machen werde, wenn nicht die Regierung bereits dem nächsten Reichstag eine entsprechende Vorlage mache.

Das alles sieht sehr energisch und sehr fortschrittsfreundlich aus. In Wirklichkeit aber ist es nichts anderes als ein recht gedankenloses Spiel. Den meisten dieser reformeifrigen Politiker und Halbpolitiker ist es augenscheinlich ganz entfallen, dass die Zeit der kleinen Wahlkreise mit ihrer "Auswahl

n Führerpersönlichkeiten" fast 50 Jahre lang Deutschland beglückt hat, nämlich von 1870 bis 1918. Aber ebenso wird übersehen, dass die letzte allgemeine Wahl auf Grund dieser kleinen Wahlkreise bereits vor 18 Jahren, im Jahre 1912 erfolgte. Diejenigen unter den heutigen Wählern, die jetzt das 30. Jahr vollenden, waren zur Zeit jener letzten allgemeinen Reichstagswahl erst zwölf Jahre alt. Sie können von den Zuständen der damaligen Zeit also kaum eine rechte Vorstellung haben. Das trifft noch mehr zu in dem Falle, dass die gerade von der Staatspartei umworbene Jugend sich noch im Alter zwischen 20 und 30 befindet.

Nehmen wir einmal das Ergebnis der Reichstagswahlen von 1912 zur Hand. Bekanntlich waren damals nur Männer wahlberechtigt, soweit sie das 25. Lebensjahr erreicht hatten. Bei der Hauptwahl 1912 erhielt nach dem damaligen Wahlsystem das Zentrum 79 Mandate, die Sozialdemokratie 64. Wie aber stand es um die Vorläufer der heutigen deutschen Volkspartei und der bisherigen demokratischen, jetzigen "Staatspartei"? Antwort: Einfach jammervoll! Obgleich sie damals in derselben Weise auf Persönlichkeitskult schworen, die "gleichmachenden Tendenzen des Sozialismus" verabscheuten, erhielten die Nationalliberalen, die unmittelbaren Vorläufer der Deutschen Volkspartei, ganze vier Mandate! Der fortschrittlichen Volkspartei aber, der letzten Vorfahrin der Demokraten, gelang es in sämtlichen 397 damaligen Wahlkreisen nicht, auch nur ein einziges Mandat zu erobern! Erst bei der sogenannten Stichwahl konnte sie, zumeist mit Hilfe der Sozialdemokraten, 42 Mandate retten, während sie nach dem Verhältnis der von ihr aufgebracht zu der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 51 Mandate hätte erzielen müssen! Sie war also damals um neun Mandate hinter ihrem eigentlichen Anspruch zurückgeblieben, die Nationalliberalen büssten auf diese Weise sogar zehn Mandate ein. Aber auch die Sozialdemokraten, die 110 Mandate aus dem Kampfe heimbrachten, hatten nach dem Verhältnis 29 Sitze zu wenig bekommen, während das Zentrum 23 zuviel erhielt!

Man sieht also, dass die kleinen Wahlkreise mit persönlicher Bearbeitung durch Führerpersönlichkeiten durchaus nicht die Gewähr dafür bieten, dass nun wirklich alle Anhänger des Individualismus in Politik und Gesellschaft zu ihrem Erfolge kämen. Man braucht nur daran zu erinnern, dass der berühmte Vorgänger Stresemanns in der Führung der Nationalliberalen Partei, der Abgeordnete Bassermann, fast bei jeder Wahl zum Reichstag suchend durch Deutschland irrte, um irgendwo einen Wahlkreis aufzutreiben, der ihn für das nächstemal ins Parlament entsende. Nicht viel besser erging es vielen bekannten Politikern, die für sich gewissermassen das Programm ihrer Partei verkörperten.

Wollen die Reformer von heute wirklich solche Zustände wieder herbeiführen? Ist es richtig, was man munkelt, dass der Reformeifer des Herrn Dr. Wirth aus jenen Zeiten stammt, da infolge seiner Differenzen mit der Zentrumsfraktion sein Heimatwahlkreis Baden ihn von der Liste strich, sodass er jetzt in dem ihm völlig fremden Lande Schlesien kandidieren muss?

Die Sozialdemokratie hatte das Verhältniswahlssystem ebenso wie die Wahlberechtigung für alle Zwanzigjährigen schon auf ihre Fahne geschrieben, als noch in Deutschland der Terror des Sozialistengesetzes geübt wurde. Sie hat an dieser Forderung festgehalten durch die Jahrzehnte der wilhelminischen Ära und hat sie in die Wirklichkeit umgesetzt in demselben Augenblick, als ihr mit dem Zusammenbruch des alten Systems die politische Macht und Verantwortung in die Hand gegeben war.

Der Gedanke der Verhältniswahl ist aber unzweifelhaft verbunden mit der Listenvahl und der Verrechnung der Reststimmen. Die sozialdemokratische Idee geht in bezug auf das Wahlrecht von der Grundlage aus, dass die Stimme des einzelnen Wählers nicht so sehr einer Person als der von ihr vertretenen politischen Idee gegeben wird und gelten soll. Diese Idee findet ihren gemeinsamen Ausdruck in der jeweiligen Partei. Der einzelne Wähler, mag er in Berlin oder Treuenbrietzen, in Hamburg oder Ingolstadt wohnen, gibt so oder so seine Stimme einer Partei, deren Grundsätze er für die richtigen ansieht, mag der Kandidat

nun Schulle, Meier oder Huber heissen.

Eine Beseitigung der grossen Wahlkreise und Wiedereinführung der Ein- und Zweimännerbezirke würde daran nichts ändern. Wohl aber bestände die grosse Gefahr, dass auf der bürgerlichen Seite sich besonders zahlungsfähige oder sonst einflussreiche "Persönlichkeiten" viel leichter das "Vertrauen" der mit der Kandidatenaufstellung betrauten Wähler, nämlich der Parteivorstände erkauften könnten als das bei dem gegenwärtigen System der Fall ist.

Betrachtet man also die Reformbestrebungen bei Lichte, so ergibt sich, dass die meisten ihrer Anhänger nur deshalb eine Reform herbeiwünschen, weil sie glauben, die Altersschwäche ihrer Ideen künstlich verhüllen zu können. Die Sozialdemokratie hat indessen keinen Anlass, auf diese Verjüngungsabsichten überalterter Parteien Rücksicht zu nehmen. Sie wird die Grundlage des Wahlrechts verteidigen und dafür sorgen, dass nicht wieder Millionen Stimmen grosser Parteien unvertreten bleiben, wie das früher war. Je stärker die Sozialdemokratie in den neuen Reichstag wiederkehrt, desto sicherer werden die Wähler vor Experimenten bewahrt bleiben, die unter dem Deckmantel der Reform das gegenwärtige Wahlsystem komplizieren oder verschlechtern wollen.

SPD. Das neue Heim der sozialdemokratischen "Königsberger Volkszeitung", das den Namen Otto-Braun-Haus trägt, ist am Freitag feierlich eingeweiht worden

SPD. Kiel, 16. August (Eig. Drahtb.)

In dem Kampf um die Itzehoeer Zeitung "Das Landvolk" erfährt man jetzt recht verbauliche Dinge. Die Anhänger Ludendorffs behaupten, dass am 4. Juni in Itzehoe eine Konferenz stattgefunden habe, in der der Versuch gemacht worden sei, die Landvolk-Bewegung in den Dienst der Treviranus-Partei zu stellen. Weiter habe die Absicht bestanden, die gesamte Landvolk-Bewegung für die Reichspräsidentenschaft des früheren Reichsbankpräsidenten Schacht einzusetzen, gegen klingenden Lohn selbstverständlich. Das hätten Ludendorffs Anhänger verhindert und deshalb hätte der Verteidiger der Bombenattentäter Lütgebrune den Geschäftsführer Hönk aus der Geschäftsleitung des "Landvolk" beseitigt. Wenn Treviranus und Schacht keine anderen Helfer als die Bombenattentäter und ihre Freunde finden konnten, dann sind sie nur zu bedauern!

SPD. Braunschweig, 16. August (Eig. Dr.)

Die bürgerliche Presse verbreitet über den Leiter der Braunschweiger Landeserziehungsanstalt in Bevern, Eberlein, aus wahlagitatorischen Gründen Gerüchte, die richtiggestellt werden müssen. Die Braunschweigische Regierung hat nämlich Direktor Eberlein vorläufig beurlaubt, um eine Untersuchung gegen ihn einzuleiten. Eberlein hat zu einer ihm unterstellten Stenotypistin Beziehungen aufzunehmen versucht. Die betreffende junge Dame hat diesen Versuch nicht tragisch genommen, erst nach ihrer Entlassung hat sie den Vorfall verbreitet. Er genügte der Braunschweigischen Regierung aber, um den Direktor zu beurlauben. Auf keinen Fall hat der Direktor sich seinen Zöglingen gegenüber etwas vergeben.

SPD. Kein Tag ohne Wahlschwindel gegen die Sozialdemokratie ist die Parole des "Deutschen", des Organs der christlichen Gewerkschaften. Sein neuester Wahlschwindel beschäftigt sich mit der Chinareise Vanderveldes. Kecklich phantasiert der "Deutsche", Vandervelde solle in Moskau ein Bündnis zwischen der Sozialistischen Arbeiterinternationale und der kommunistischen Internationale vorbereiten. Ganz ernsthaft wird ausgemalt, wie dies Bündnis bereits ganz im Geheimen im Werden sei.

Ist dies nur die blödsinnige Erfindung eines Wichtigmachers? Es ist mehr. Der "Deutsche" bemüht sich, im Wahlkampf die Sozialdemokratie als verkappte kommunistische Partei hinzustellen, um alle Dummheiten der Kommunisten und alle Fehler der bolschewistischen Herrschaft gegen die Sozialdemokratie aus-
schlachten zu können. Er will mit dem kommunistischen schwarzen Mann graulich machen vor der Sozialdemokratie. Daher der neueste Schwindel. Respekt vor der Wahrheit ist in diesem Blatte nicht mehr zu finden. Geheime Angst treibt diese Leute nicht nur zur Lüge, sondern sogar zur blödsinnigen Lüge.

Aber - während der Deutsche einerseits mit dem kommunistischen Schreck-
gespenst vor der Sozialdemokratie graulich machen will, benutzt er anderer-
seits zugleich die massivsten kommunistischen Lügen gegen die Sozialdemokra-
tie. Es scheint uns, dass hier ein nicht formell abgeschlossenes, aber effek-
tives Bündnis mit den Kommunisten vorhanden ist!

SPD. Der Zentralaktionsausschuss der Staatspartei hat die Kandidaten-
aufstellung abgeschlossen. Es steht nunmehr endgültig fest, dass Georg Bern-
hard dabei auf der Strecke geblieben ist. Herr Mahraun hätte gerne noch mehr
alte Demokraten abgesägt, er erlässt im "Jungdeutschen" einen Aufruf, in dem
es heisst :

"Viele meiner Freunde werden vielleicht der Ansicht sein, dass die durch
die Kandidatenliste gegebene Plattform nicht allen unseren Wünschen entspricht
Sie werden fragen, wie es kommt, dass auch Herr Fischer mit seinen vielen Auf-
sichtsratsmandaten in der Deutschen Staatspartei steht. Ebenso werden Beden-
ken gegen andere Persönlichkeiten laut werden. Es wird vielleicht auch nicht
an Stimmen fehlen, welche das Zusammengehen mit diesen Persönlichkeiten als
ein Abbiegen von unserem alten jungdeutschen und volksnationalen Wege be-
trachten. Alle unsere Freunde bitte ich, diese Bedenken zurückzustellen."

Die Bedenken sollen nämlich zurückgestellt werden, weil Herr Mahraun
hofft, über kurz oder lang die neue Partei nach seinen Wünschen beherrschen
zu können. Aber warum ist Georg Bernhard abgesägt worden, und Herr Fischer
nicht? Georg Bernhard will Interessentenvertreter werden - aber Herr Fischer
ist es immer gewesen, und zwar gründlich. Herr Fischer ist ein ausgesprochen
plutokratisches Element. Für die Frage, warum er nicht abgesägt wurde, gibt es
eine naheliegende Erklärung: er ist wichtig für eine neue Partei, die kein
Geld hat. Warum aber Georg Bernhard abgesägt wurde, ist ebenso plausibel:
weil er Jude ist, weil er ein wirklicher Demokrat ist, weil er ein entschiede-
ner Gegner aller nationalistischen Politik und aller nationalistischen Nebel-
haftigkeiten ist. Herr Fischer als Kandidat, Georg Bernhard aber abgesägt -
das Wesen dieser neu zusammengemachten Partei und der Wert ihrer program-
matischen Erklärungen kann nicht besser beleuchtet werden!

SPD. Herr von Lindeiner-Wildau, Parteigenosse und Freund von Herrn Tre-
viranus, hat in einer Versammlung der konservativen Volkspartei in Berlin
geredet. Seine Rede ist ein würdiges Gegenstück zu der Ostrede des Herrn
Treviranus. Herr von Lindeiner-Wildau hält sich noch in ganz anderem Masse
als Herr Treviranus für aussenpolitisch befähigt, deshalb bezeichnete er als

aussenpolitische Nahziele: Revision der Ostgrenzen, Bereinigung der Saarfrage, Revision des Youngplanes. Das sind also Nahziele einer Regierungspartei! Herr von Lindeiner-Wildau deutet an, dass die jetzige Reichsregierung nach der Wahl Verhandlungen über eine Revision der Ostgrenzen und des Youngplanes suchen werde. Herr Curtius wird die Hände über dem Kopf zusammenschlagen.

Natürlich geschieht das Aufzeigen dieser "Nahziele" nur, um den Hugenbergleuten im Wahlkampf Konkurrenz zu machen. Es ist nicht Politik, sondern Wahlagitation. Wenn aber Herr Lindeiner-Wildau auf diese Weise Wahlagitation im politischen Porzellanladen betreibt, wird er nur das wirkliche Nahziel der deutschen Aussenpolitik die Bereinigung der Saarfrage, gefährden.

Herr von Lindeiner-Wildau bemüht sich um höchste diplomatische Posten. Er wollte zunächst Botschafter in London werden, dann Gesandter in Prag oder Riga. Bei der aussenpolitischen Genialität, die er in trauter Gemeinschaft mit seinem Freund Treviranus an den Tag legt, sind das sicherlich sehr geeignete Posten für ihn. Schliesslich muss doch die neue konservative Volkspartei auch einen Zweck haben.

SPD. Die Aufsichtsratssitzungen der Ostwerke und der Schultheiss-Patzenhofer-Brauerei A.G. haben am Sonnabend die Fusion der beiden Konzerne beschlossen. Zu diesem Zweck erhöht Schultheiss-Patzenhofer ihr Stammkapital von 50 auf 75 Millionen durch Ausgabe von 24 Millionen neuen Stammaktien und Umwandlung der bisherigen Vorzugsaktien (1 Million Mark) in Stammaktien. Das neue Unternehmen firmiert Schultheiss-Patzenhofer-Brauerei A.G.

SPD. Die konservative Volkspartei hat ihre Kandidatenlisten aufgestellt, und siehe da, es dominieren die Grafen und Herrn. Nun braucht man dazu aber noch Staffage, Statisten, die das "Volk" markieren, und wenigstens für ein paar Anstandsstimmen sorgen. Sie werden krampfhaft gesucht. Die "Volkskonservativen Stimmen", das Organ des Herrn Treviranus, veröffentlicht folgenden Aufruf:

"Wir brauchen Anschriften! In den nächsten Wochen wollen wir Werbedrucksachen in grosser Zahl hinausgehen lassen. Geben Sie uns Anschriften! Konservative Menschen suchen wir in Regimentsvereinen und Schützengesellschaften, in Bürgerbünden und Berufsverbänden, in den Organisationen der Altakademiker und in den Wehrverbänden, in Turn- und Musikvereinen, überall, wo das Bewusstsein der Verantwortung für Volkstum und Staat eine Pflegestätte hat. Geben Sie uns geeignete Anschriften! Konservative Volkspartei, Reichsgeschäftsstelle

Stammtische an die Front! Wie wäre es, wenn die Reichsgeschäftsstelle der Konservativen Volkspartei sich bei einem Adressenbüro abonnieren würde? Vielleicht stellt sie am besten Herrn Hall-Halfen als bewährten Parteigründer an. Der Wanderprediger gustav nagel will ebenfalls kandidieren und reist nach Unterschriften für seine Kandidatur. Vielleicht können beide Geschäfte fusioniert werden? Die politische Groteske der Herren Offiziere, die nach Adressen von Parteisolddaten suchen, ist nicht zu übertreffen.

SPD. Paris, 16. August (Eig. Drahtb.)

Halbamtlich verlautet, dass der deutsche Botschafter in Paris, Herr von Hoesch, am nächsten Dienstag nach Berlin fahren wird, wo er eine Unterredung mit Aussenminister Curtius haben wird.

SPD. Paris, 16. August (Eig. Drahtb.)

Wie der Genfer Berichterstatter des "Paris Midi" berichtet, soll ausser den 26 offiziellen Antworten auf das Briand-Memorandum noch eine 27. vorhanden sein, die vor der Öffentlichkeit zwar bisher geheim gehalten wurde, der aber in den eingeweihten Kreisen die grösste Wichtigkeit beigemessen werde. Es handele sich um ein vom Leiter der Finanz- und Wirtschaftssektion des Völkerbundes, Sir Arthur Salter, gezeichnetes Dokument, das vom 20. Mai datiert und unter dem Titel einer "Offiziösen Studie über das Briand-Memorandum" dem Völkerbundssekretariat überreicht worden sei. Das Dokument bringt die Einstellung des Völkerbundssekretariats und der hohen Völkerbundsfunctionäre zum Briand'schen Plan zum Ausdruck; diese Einstellung sei aber nicht nur scharf kritisch, sondern geradezu feindselig zu nennen. Sir Arthur Salter werfe Briand vor, dass zwischen der technischen Seite seines Planes und dem von Briand gleichzeitig geäusserten Wunsch, dass die neue Körperschaft die Kompetenzen des Völkerbundes nicht beeinträchtigen sollte, ein Widerspruch bestehe. Denn wenn man den europäischen Bund parallel zum Völkerbund aufbauen wolle, so würde dadurch das Völkerbundssekretariat derartig seiner Funktionen beraubt sein, "wie eine ausgehöhlte Muschel." Sir Arthur Salter unterzieht sodann die materielle Seite des Briand'schen Planes einer zehn Seiten langen scharfen Kritik und schlägt schliesslich vor - ein Vorschlag, der auch im offiziellen englischen Memorandum zu finden ist -, dass ein europäisches Komitee allenfalls innerhalb des Völkerbundsrates geschaffen werden solle. Aber auch dieses Komitee solle höchstens einmal im Jahre tagen und seine Berichte unmittelbar an die Völkerbundsversammlung richten. Auf alle Fälle aber habe es "alles Effektive im Rahmen des Völkerbundes und unter Vorherrschaft des Völkerbundes abzuschliesse."

Diese "27. Antwort", erklärt der "Paris Midi", sei sofort nach der Überreichung des Briand'schen Fragebogens im Völkerbundssekretariat deponiert und zur Kenntnis der Regierungskanzleien der interessierten Mächte gebracht worden. Diese hätten dem Dokument eine so hohe Bedeutung beigemessen, dass die Argumente, deren sich die Mächte in ihrer Antwort an Briand bedienen, direkt aus dem Salter'schen Memorandum geschöpft seien. Vor der Öffentlichkeit sei allerdings diese "offiziöse Studie" sorgfältig verheimlicht und vereinzelte indiskrete Andeutungen englischer Blätter rechtzeitig niedergeschlagen worden. Der "Paris Midi" fordert die sofortige Veröffentlichung des Salter'schen Memorandums, damit die Öffentlichkeit endlich erfahre, "welch einen wachsenden Einfluss das Völkerbundssekretariat und die hohen Functionäre der Genfer Institution auf die internationalen Ereignisse ausüben."

Die übrigen französischen Blätter enthalten sich vorläufig jeglicher Stellungnahme und schweigen die ganze Affäre tot. Es ist wohl kaum zu bezweifeln, dass die Veröffentlichung des "Paris Midi", falls ihr Inhalt sich mit den Tatsachen deckt, noch zu recht unerquicklichen Komplikationen auf dem Gebiet der Briand'schen Initiative führen kann.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Die Streikbewegung in Nordfrankreich.

(Von unserem Pariser Mitarbeiter.)

SPD. Paris, 16. August (Eig. Drahtb.)

Als vor einem Monat in Nordfrankreich die Arbeiter einer grossen Zahl von Textil- und Metallfabriken in den Streik traten, schenkte die öffentliche Meinung dieser Bewegung keine sehr grosse Beachtung. Ob eine Lohnerhöhung, oder ob die Einführung der allgemeinen, obligatorischen Sozialversicherung den unmittelbaren Anlass dazu bildete, schien gleichgültig. Denn allzu lange pflegte solche Bewegungen nie zu dauern. Seit Jahren war es in Frankreich zu keinen grösseren Streiks gekommen, die nicht nach wenigen Tagen abgeflaut wären, ohne irgendwelche anderen Spuren zu hinterlassen, als die der Enttäuschung des Proletariats.

Die Spaltung, die in Frankreich ja gerade auf gewerkschaftlichem Gebiet verheerend wirkte, schien die Arbeiterschaft, besonders in Bezug auf die Anwendung der Waffe des Streiks, lahm gelegt zu haben. Zur allgemeinen Überraschung trat jedoch im Norden diesmal das Gegenteil von dem ein, was man zu sehen gewöhnt war. Die Streikbewegung breitete sich rasch aus und schliesslich beteiligten sich über Hunderttausend Arbeiter daran. Jetzt begann die öffentliche Meinung sich dafür zu interessieren und zwar um so mehr, als über den Charakter des Streiks, über die Ziele, die die Arbeiterschaft dabei verfolgte, die widersprechendsten Behauptungen aufgestellt wurden.

"Die Bewegung ist lediglich auf kommunistische Hetzereien zurückzuführen" so konnte man in den meisten bürgerlichen Blättern lesen. Das war von Anfang an nicht wahr. In Wirklichkeit waren es die der alten C.G.T. (Confédération Générale du Travail - Allgemeiner Arbeitsbund) angeschlossenen Organisationen, die zur Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale gehören, die die Initiative ergriffen hatten. Und gerade im Norden stehen diese Organisationen in engeren Beziehungen zur sozialistischen Partei, als dies sonst im übrigen Frankreich der Fall zu sein pflegt. Das hervorzuheben ist wichtig, weil es die beste Antwort auf den grossen Pressefeldzug bildet, den das nordfranzösische Unternehmerkonsortium entfachte und durch den es die öffentliche Meinung zu überzeugen suchte, dass die Streikbewegung gegen die Einführung der Sozialversicherungsgesetze gerichtet sei und somit den Widerstand rechtfertige, den das Unternehmertum, wenigstens soweit es in dem Konsortium organisiert ist, seit Monaten gegen die Sozialversicherungsgesetzgebung geleistet hatte.

Mit dieser Taktik gedachte der nordfranzösische Unternehmerverband, an dessen Spitze ein ausgesprochener Scharfmacher, Herr Désiré Ley - ein früherer Arbeiter - stent, zu gleicher Zeit die Streikbewegung zu kompromittieren, einen tödlichen Streich gegen die ihm verhassten Sozialversicherungsgesetze zu führen und damit auch die Regierung und vor allem den Arbeitsminister Pierre Laval zu treffen, die "allen Warnungen des Unternehmerkonsortiums zum Trotz", in der Kammer und im Senat auf die endgültige Durchführung der Sozialversicherungsgesetzgebung gedrängt hatten. Es ist keine Frage, dass es während einer gewissen Zeit dem Konsortium und der ihm ergebenen Presse gelang, nicht nur das Ausland über den wahren Sachverhalt und über den Charakter der Streikbewegung irrezuführen, sondern auch einen grossen Teil der öffentlichen Meinung in Frankreich selbst. Da die Forderung einer Lohnerhöhung - denn um diese handelte es sich beim Ausbruch des Streiks - zusammenfiel mit der praktischen Einführung der Sozialversicherung und der darin sowohl für die Unternehmer als für die Arbeiterschaft enthaltenen Beitragsverpflichtung, konnte auch bei dem Unbefangenen der Eindruck entstehen, als ob es sich um einen gegen die Sozialversicherung geführten Kampf handelte.

Man entsann sich des Widerstands, den im Jahre 1910 die sogenannte Arbeiteraltersversicherung bei der damals noch anarchosyndikalistisch orientierten französischen Gewerkschaften gefunden hatte und zeigte sich geneigt, Vergleich

anzustellen, die durch die Tatsachen in keiner Weise gerechtfertigt werden, da es sich anno 1910 um eine innerhalb der Arbeiterschaft und auch in der sozialistischen Partei heissumstrittene Teil-Reform handelte, während im Jahre 1930 endlich, nach jahrzehntelangen Bemühungen, die Gesamt-Sozialversicherung zur endgültigen Annahme gelangte, wie sie in Deutschland seit einem halben Jahrhundert besteht und wie sie von der französischen Arbeiterschaft von jeher gefordert worden ist.

Allerdings haben die Kommunisten, das heisst die stark zusammengeschlossenen, der Moskauer Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen, sogenannten CGTU,-Gewerkschaften und die französische kommunistische Partei in der Pariser "Humanité" die Parole ausgegeben, dass die Arbeiterschaft die Sozialversicherung als "reinkapitalistische Räuberei", als "Diebstahl am Proletariat", als "sozialfaschistische Irreführung" bekämpfen und vor allem sich weigern müsse die geforderten Beiträge zu zahlen. Diese verantwortungslose Hetze der Kommunisten hat dazu beigetragen, den Feldzug des Scharfmacher-Konsortiums zu erleichtern und den Charakter der Streikbewegung nach aussen zu verzerren. In Wirklichkeit spielen die Kommunisten im hochindustriellen Norden, wo es ihnen bei den Wahlen nicht gelang auch nur einen einzigen ihrer Kandidaten durchzubringen und wo sämtliche Arbeiterbezirke in den Händen der Sozialisten blieben, nur eine untergeordnete Rolle. Die Mittel, die ihnen für die Propaganda zur Verfügung stehen, erlauben ihnen ein weit über ihren tatsächlichen Einfluss hinausgehendes Geschrei zu erheben und die vom kapitalistischen Standpunkt aus begreifliche Bereitwilligkeit, mit der die Presse des Unternehmer-Konsortiums diesem kommunistischen Geschrei ihr wohlberechnetes Echo verleiht, haben den Eindruck erwecken oder verstärken können, dass die im Streik befindliche Textil- und Metallarbeiterschaft gegen die Sozialversicherung im Kampf stehe. Heute weiss ganz Frankreich, dass dies keineswegs der Fall ist und dass die erdrückende Masse der im Streik stehenden Arbeiter nicht nur die völlige Durchführung der Sozialversicherung begrüessen, sondern selbstverständlich auch bereit ist die Beiträge zu zahlen. In einer Artikelserie, die starkes Aufsehen erregte, hat der Führer der sozialistischen Kammerfraktion, Léon Blum, in der nachdrücklichsten Weise betont, dass die Beitragszahlung durch die Arbeiter, unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Umständen, nicht nur zur technischen Durchführung des Gesetzes notwendig erscheine, sondern auch moralisch wichtig sei, da es der Arbeiterschaft das Recht auf die Selbstverwaltung der Kassen sichern müsse. Und die CGTU-Gewerkschaften haben einen Aufruf erlassen, in dem sie ebenfalls ganz unzweideutig sich für die Sozialversicherung und für die Beitragspflicht der Arbeiterschaft aussprechen, jedoch die Forderung einer Lohnerhöhung, im Hinblick auf die Teuerung, voll und ganz aufrechterhalten.

Das Unternehmerkonsortium, Herr Ley an der Spitze, hat versucht Uneinigkeit in der Arbeiterschaft hervorzurufen, dadurch dass es sich plötzlich bereit erklärte, nicht nur seine eigenen Beiträge zu zahlen, sondern sogar alljährlich den Arbeitern die von ihnen gezahlten Beiträge zurückzuerstatten, wenn sie, ja wenn sie das ganze Jahr über hübsch brav geblieben, nie in einen Streik getreten wären und auch ihren Platz nicht gewechselt hätten. Diese "prime a la fidélité", diese "Prämie für Treue", wie sie nach getauft wurde, ist von der Arbeiterschaft und von der ganzen öffentlichen Meinung als das empfunden worden, was sie ist: als ein ungeheurer Korruptionsversuch, als ein Mittel um die Freizügigkeit und die Handelsfreiheit der Arbeiter einzuschränken. Deswegen ist sie auf den härtesten Widerstand gestossen und ihre Bekämpfung steht jetzt mindestens so sehr im Vordergrund, wie die Lohnforderung. Selbst ein grosser Teil der Nordunternehmer hat sich von dem Konsortium getrennt. Und in dem hochkapitalistischen Pariser "Avenir" hat einer der Führer des gesamtfranzösischen Unternehmertums, der ehemalige Senator Billiet, offen gegen das nordfranzösische Konsortium und gegen Herrn Désiré Ley Stellung genommen, dem er vorwirft, ursprünglich fälschlicherweise erklärt zu haben, dass die französische Industrie den Beitrag für die

Sozialversicherung überhaupt nicht, ohne zum Bankrott verdammt zu sein, ertragen könnte, während er sich jetzt in einer, für die Arbeiterschaft allerdings demütigenden Form bereit erkläre, sogar eventuell die Arbeiterbeiträge zu zahlen!

Wie der Kampf schliesslich ausgehen wird, lässt sich nicht sagen. Herr Désiré Ley verkündet stolz, dass er in ein paar Wochen die Arbeiter mürbe gemacht haben würde. Einstweilen stehen diese noch so im Kampf, dass man Vertrauen in einen für das Proletariat günstigen Ausgang haben darf.

Jedenfalls eines ist Herrn Ley und seinem Konsortium, trotz kommunistischer Mitarbeit, jetzt schon misslungen: die öffentliche Meinung gegen die Sozialversicherungs-Gesetze zu mobilisieren und diese Gesetzgebung selbst zu sabotieren!

SPD. Paris, 16. August (Eig. Drahtb.)

Der Textilindustriellen-Verband von Roubaix-Fourcoing veröffentlichte am Sonnabend einen von seinem Direktor, Ley, gezeichneten Appell an die Arbeiterschaft. In diesem weist der Arbeitgeberverband darauf hin, dass die Arbeiter während des Streiks an Lohn bereits eine Einbusse von insgesamt 26 Millionen Franken erlitten hätten. Für jeden einzelnen Arbeiter, so wird weiter argumentiert, übersteige die Ziffer seiner bisherigen Lohnverluste den Jahresbeitrag für die Sozialversicherungskasse, um den eigentlich der Kampf gehe. Was die berüchtigte "Treue-Prämie" betrifft, stehe es jedem Arbeiter frei, sich um sie zu bewerben oder auch nicht; ein Zwang werde nicht ausgeübt. Die "schlechten Geschäfte des Konsortiums" brächten es mit sich, dass eine Lohnerhöhung undurchführbar sei. Am Schlusse seines schulmeisterlichen "Appells" bringt Herr Ley noch eine unverhüllte aber unzweideutige Drohung an die Adresse der Arbeiterschaft, indem er erklärt, dass die "Arbeitgeberorganisationen ihr möglichstes tun würden, um die gegenwärtigen Löhne so lange als möglich aufrecht zu erhalten."

Die Lage im Streikgebiet ist unverändert. Die Bemühungen des Präfekten des nördlichen Bezirks und des Arbeitsministers um die Herstellung von Einigungsverhandlungen werden weiter fortgesetzt.

SPD. Köln, 16. August (Eig. Drahtb.)

Der Verband rheinischer Industrieller hat sich den Einspruchskundgebungen die von den verschiedensten Wirtschaftskreisen an die Reichsregierung im Hinblick auf die von ihr erwogene Kündigung des Finnlandsvertrages ergehen, an die beteiligten Regierungsstellen angeschlossen. Darin wird vor allen Dingen darauf hingewiesen, dass die rheinische Wirtschaft, die heute noch unter den Wirkungen der Besatzungszeit in vollem Masse leidet, grösstes Gewicht darauf legt, dass jede Erschütterung des Wirtschaftssystems vermieden wird.

Ebenfalls bei der Reichsregierung Einspruch erhoben hat der Verband der Bergischen Handelskammern Düsseldorf, Solingen und Wuppertal.

Diktatur in Rumänien?

(Von unserem Bukarester Korrespondenten.)

SPD. Bukarest, Mitte August (Eig. Ber.)

Die parlamentslose Zeit der grossen Sommerferien hat in Rumänien den Kampf der Opposition keineswegs zum Verstummen gebracht und besonders die Presse der Hauptstadt sorgt dafür, die Gemüter nicht zur Ruhe und Entspannung kommen zu lassen. Äussere Umstände wirken hier und dort mit und die kleinen rumänischen Macher und Aussenseiter sehen ihre Zeit gekommen. So erlebt Rumänien in der Hitze des Monats August überraschende Wendungen und Entwicklungen.

Am Ende der Parlamentstagung schien die diesjährige Sommerruhe in Rumänien dazu bestimmt, die Krise innerhalb der ältesten und einst mächtigsten liberalen Partei der Bratianus zur Lösung zu bringen und damit eine Kräftigung dieser bedeutendsten Oppositionsgruppe nach der einen oder anderen Richtung bis zum Herbst zu gewährleisten. Diese Entwicklung hat versagt: die liberale Partei steht durch das Abfallen der Jung-Liberalen, die dem Könige bedingungslos Gefolgschaft leisten, während die Alt-Liberalen mehr oder minder offen nach wie vor gegen den Monarchen Stellung nehmen und die Rückkehr Carols als Verfassungsbruch bezeichnen, auch heute geschwächt da und bietet der Opposition keinerlei Stütze im Kampfe gegen Maniu. Die grossen Parteien lassen die Ferienwochen ungenützt verstreichen und gewähren hiermit den kleinen Gruppen Oberwasser. Führend in der Bewegung ist der bekannte Bukarester Gelehrte Professor Jorga, der mit einer Hand voll markanter rumänischer Persönlichkeiten zum Kampfe ruft. "Gegen die Parteien" ist das Losungswort, das diese so heterogenen Elemente verbindet, "Freier Raum den Persönlichkeiten" verheisst den Weg des Heils in der rumänischen Innenpolitik. Man ginge fehl, wenn man dieser Kampagne der sauren Gurkenzeit den Ernst einer normalen Bewegung abspräche. Denn abgesehen davon, dass Professor Jorga bereits im vergangenen Winter etwas Ähnliches mit dem Städteparlament beabsichtigte, wird die rumänische Öffentlichkeit aus den Kreisen des königlichen Palais dahingehend unterrichtet, dass der Wille des Herrschers in der vorgezeichneten Richtung gehe.

Bei einer Betrachtung der Klagen der einzelnen rumänischen Oppositionsparteien gegen das heutige nationalzaranistische Regime Manius muss man unvoreingenommen zugeben, dass die rumänische Parteienwirtschaft arge Sünden auf ihr Haupt geladen hat. Die rumänische Partei betrachtet von jeher den Staat lediglich nur als ihre ureigenste Interessensphäre und die Zeit ihrer Regierung als legitime Serie von Gelegenheiten zu bestmöglicher Ausnutzung im Parteiinteresse, das stark persönlichen Charakter hat. Dass eine derartige Wirtschaft ruinöse Folgen für den Staat haben muss, ist einleuchtend. Dass sie aber vor allem die von der Krippe dauernd oder doch für länger Ausgeschlossenen besonders erbittert, kann nicht wundernehmen und erklärt, dass der Kampf gerade von dieser Seite mit solcher Heftigkeit geführt wird.

Die neue Formel, von der Krone unterstützt, lautet: "Persönlichkeiten herbei, Unabhängige von allgemein anerkanntem Wert sollen in Rumänien führen! Keine Dogmen und Doktrinen mehr, keine Abhängigkeit vom Willen der Massen und allen Nebeneinflüssen, keine Mittelmässigkeiten mehr! Die besten Köpfe des Landes an die Spitze!" Professor Jorga vergisst, dass der aufgeklärte Absolutismus eine überwundene Epoche ist, den man auf die Dauer ebensowenig ertragen kann wie die rumänischen Übel von heute. Vorläufig hiesse es so lediglich: die alten Parteien Rumäniens zu zerschlagen und dem Heute eine kurze Zeit des Interregnums ohne Parteien folgen zu lassen. Hierdurch sollen neue Parteien entstehen und der Parlamentarismus weitergehen. Mussolini spukt in den Köpfen dieser rumänischen Innenpolitiker, die in den letzten Wochen und Tagen in Wort und Schrift immer wieder und wieder auf das Beispiel Italiens hinweisen. Auch der König soll mit dem Gedanken dieser Ratgeber sympathisieren und sogar noch weitergehend mit der Errichtung einer Diktatur einverstanden sein.

Ein unbestreitbares Schwergewicht erhielt dieser Fragenkomplex durch die Anwesenheit des rumänischen Gesandten in London, Titulescu, in der Sommerresidenz Sinaia. Es ist durchgesickert, dass diese Anwesenheit Titulescus, des rumänischen Retters in schwersten Stunden, mit einer gewissen Krise im Zusammenhang stand, die durch einen scharfen Gegensatz zwischen den Anschauungen des Königs und der Regierung Maniu in innenpolitischen Fragen entstanden war. Es wurde von der Scheidung Carols und seiner früheren Gattin Helene gesprochen weiter von der bevorstehenden Krönung in Karlsburg und von den Problemen, die in der kommenden Session des Völkerbundes verhandelt werden sollen. Auch ein amtliches Communiqué erschien, als bereits alle Welt von der unmittelbar bevorstehenden Demission Manius sprach, das nichtssagend lediglich eine Beschwichtigungsspiel darstellte, um die ziemlich alarmierte Öffentlichkeit zu beruhigen. Denn es ist undenkbar, dass Herr Maniu aus Gründen reiner Familienangelegenheiten des Monarchen seine Demission angeboten hat; vielmehr dürften die Gegensätze zwischen Krone und Regierung in letzter Hinsicht auf die seitens Carols geforderten diktatorischen Vollmachten offenbar geworden sein. Trotz der ausgegebenen Dementis weist man in Bukarester eingeweihten Politikerkreisen darauf hin, dass es Titulescu keinesfalls geglückt sein soll, diesen allgemein politischen Gegensatz dauernd zu beschwichtigen, so dass die Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit besteht, in kurze weitere Komplikationen zu erfahren. Mit Rücksicht auf die Unbestimmtheit und Ungenauigkeit der Informationen, die der rumänischen Öffentlichkeit vorgesetzt werden, lässt sich naturgemäß keine bestimmte Voraussage machen. Es soll aus diesem Grunde auch nicht näher auf die Behauptungen eingegangen werden, dass der König alle Vorbereitungen zur Beseitigung des Parlaments und der Schaffung einer Diktatur getroffen habe, wobei Carol das Beispiel Jugoslawiens massgebend sei. Belgrad sei nach der Auffassung der Kreise, die in der Diktatur die Rettung und das Heil erblicken, der vorbildliche Staat. Niemand erwarte, dass die Rücksicht auf die parlamentarische Mehrheit der Regierung Maniu die rumänischen Diktatorschwärmer davon abhalten werde, nach ihrem Gutdünken zu handeln, mit anderen Worten Wunsch und Willkür ihrer Gruppe zum obersten Grundsatz der Staatsräson zu erheben. Der Regierung Maniu soll lediglich eine Gnadenfrist gewährt werden, die bis zur erfolgten Krönung Carols laufe. Nach diesem Termine aber solle der neue Diktaturkurs uneingeschränkt zur Geltung kommen.

Sollte Rumänien sich tatsächlich zu diesem Schritte hinreissen lassen, so wären die sich hieraus ergebenden Konsequenzen unübersehbar. Denn die stets wachsende Abhängigkeit Rumäniens vom Auslande zwingt Bukarest Rücksichten auf, da das wirtschaftliche Chaos im Lande nur durch wirtschaftliche Eingriffe von aussen gebannt werden kann. In diesem Zeitpunkte in Rumänien eine Diktatur aufzurichten, hiesse die schwere Wirtschaftskrise noch durch eine Staatskrise komplizieren. Die einzige Rettung der rumänischen Innenpolitik besteht nach wie vor in der Bildung einer über- oder neuparteilichen Regierung, die sich aus markanten Persönlichkeiten der bisherigen Bukarester Politik mit ihrem Anhang um die neue Fahne scharen würde. Zwar liegt in dieser Tatsache die grosse Gefahr für die alten Parteien Rumäniens, da eine solche, durchaus im Rahmen der Gesetzlichkeit vor sich gehende Aktion alle Chancen des Erfolges und für den Anfang auch voller Entschliessungsfreiheit für sich hätte. Statt Diktatur würde Rumänien eine Sammlung von Männern erprobter und bekannter Fähigkeiten besitzen, bei denen der Vertrauensvorschuss gerechtfertigt erscheint. Sofort folgende Neuwahlen brächten einem derartigen Kabinett zweifellos die Mehrheit und die Aufbauarbeit des neuen Rumäniens könnte in aussichtsvoller Einmütigkeit und unter Ausschluss der gefährlichen Diktatur beginnen.

Aus aller Welt

Friedensbriefe nach Frankreich.

Der deutsch=französische Schülerbriefwechsel - Wo wohnen die Ulanen? -
"Mein Kusine ist lieblich" - Ein Friedenswerk auf lange Sicht.

SPD. In diesen Wochen reisen ungewöhnlich viel französische und englische Gäste, besonders auch Schüler und Studenten durch Deutschland. Oefter ist der willkommene Besuch Anlass zu Kundgebungen der Völkerverständigung. Er sei auch Anlass zum werbenden Hinweis auf die segensreiche Einrichtung des in grosszügigem Masstab organisierten deutsch=französischen Schülerbriefwechsels.

"In welcher Gegend Deutschlands wohnen eigentlich die Ulanen...?"

Der deutsche Junge wird nicht wenig gelacht haben, als er diese Frage seines französischen Korrespondenzfreundes las. Dann hat er sich aber hingesezt und seinem Kameraden jenseits des Rheins ein wenig von seiner Heimat geschrieben, von Sitten, Einrichtungen, Alltag und Feiertag seines Landes - und er hat damit unbewusst eine Arbeit geleistet, die uns Erwachsenen recht am Herzen liegt, wenn wir gute Europäer sein wollen; wir meinen die Arbeit für den Frieden.

Vor uns liegt ein Stoss Briefe von französischen Jungens und Mädels; ihre deutschen Adressaten, Tertianer und Tertianerinnen einer Realschule im Arbeiternorden und eines Lyceums im kleinbürgerlichen Süden Berlins, haben sie uns gern (und auch ein wenig stolz) zur Verfügung gestellt. Diese Briefe liessen für eine kurze Stunde die Welt um uns versinken - die Welt des Kampfes aller gegen alle, des Hasses und der politischen Geschäfte; und es erstand ein sonniges Jugendland aufrichtiger Kameradschaft, freudigen Verstehenwollens über alle Grenzen der Sprache, der Politik, der Nationalität hinweg. Da liest man in einem halben Hundert Briefe nicht ein einziges Wort des Vorurteils gegenüber der anderen Nation, die von der Konjunktur der gestrigen politischen Generation zum "Erbfeind" gestempelt wurde; in den Worten der Kinder klingt Seite für Seite, am deutlichsten vielleicht zwischen den Zeilen, der Wille zur Verständigung, ja zur Freundschaft auf - und, nach dem zweiten oder dritten Brief, nicht selten das verwunderte Erkennen: dieser kleine Deutsche ist ja genau so ein Junge wie ich - mit denselben Sorgen und Freuden, mit demselben mitteilungsbedürftigen und begeisterungsfähigen Herzen, mit denselben Gedanken und Interessen!

Wovon sich diese Vierzehnjährigen erzählen?

Seltsamerweise am liebsten von Dingen, die sie im "trockenen" Schulunterricht am meisten langweilen: von Verfassung und Verwaltung, von Nationalfeiertagen und Wahlen, historischen Persönlichkeiten und Daten. Aber auch den Alltag des Kameraden darf der Briefempfänger miterleben: das französische Bürgerleben, das Schuljahr, das Internatswesen. Und schnell ergeben sich die gemeinsamen Interessensgebiete: bei den Jungens Sport, Rundfunk, Fliegerei, Bücher; bei den Mädels Tanz, Reisen, Kino und Freundinnen. Kein Brief, dem nicht etwas Nettes beiliegt: Briefmarken, Schmetterlinge, Ansichtskarten, Zeitungen, Photos und Zeitschriften.

Brücke und freudig überwundenes Hindernis zugleich ist die Sprache. Erst

schreibt jeder in der seinen, dann versucht man sich immer mehr in der des Korrespondenten, der auch getreulich in jedem Antwortbrief (oft mit einem liebenswürdigen "Bist Du beleidigt?") die Fehler verbessert. Schliesslich schreibt jeder seinen Brief halb deutsch und halb französisch. Was auch der Erwachsene mit Staunen aus diesen Briefen ersieht, ist das über Erwarten grosse Interesse, das in Frankreich für die deutsche Sprache besteht. Von der untersten Mittelschulklasse an gibt es 3 - 4 deutsche Stunden in der Woche, die Ter= tianer beherrschen unsere Sprache schon ganz nett, und auch die Literaturoaus= wahl - Goethe, Heine, Eichendorff, Grimm, Eulenspiegel, Schildbürger - ist in diesen Klassen nicht schlecht. Mehr als einmal findet man den Satz: "Ich lie= be das Deutsch!" Manchmal ergeben sich aber auch recht amüsante Stilblüten: "Mein Kusine ist lieblich", berichtet ein Mädchen, "ich liebe die deutsche Zün= ge", bekennt eine andere.

Es ist der "Deutsch=Französischen Gesellschaft" hoch anzurechnen, dass sie diese "Mittelstelle für Schülerbriefwechsel" - übrigens auf dringenden Wunsch des französischen Unterrichtsministeriums gegründet - ihrer Organisation ange= gliedert hat, die nunmehr als Zentrale aller deutsch=französischen Verständi= gungsarbeiten angesehen werden muss.

Sicherlich ist der Briefwechsel zwischen den Kindern diesseits und jen= seits des Rheins ein Friedenswerk "auf lange Sicht"; aber der Jahrhunderte al= te Wall, der ewigen Missverständnisse, der heute noch zwischen den beiden gros= sen Kulturvölkern des Abendlandes steht, kann nicht überrant, sondern nur Stein um Stein abgetragen werden. Einmal aber - und das darf keine Utopie sein - wird das "Locarno der Jugend" mit ihr herangereift sein zum dauernden Verste= hen aller Gutgesinnten.

+ + +
Goebbels oder die Justizschande.

Die Richter verurteilten den Verleumder nach dem Nazitarif.

SPD. Das Landgericht III in Berlin verurteilte Goebbels in der Beleidigungs= klage der Reichsregierung zu 600 Mark Geldstrafe, bezw. 30 Tagen Ge= fängnis und in der Sache Grzesinski zu 400 Mark Geldstrafe bezw. 20 Tagen Gefängnis.

Herr Goebbels ist verurteilt. Zu Geldstrafen. Diese Geldstrafen zahlt Herr Goebbels nicht mit der linken und nicht mit der rechten Hand, sondern überhaupt nicht. Diese Strafen zahlt die nationalsozialistische Arbeiterpartei. Die Ge= richte, die Herrn Goebbels verurteilt haben, wissen das natürlich ganz genau! Es ist ganz allgemein üblich, dass Organisationen, soweit sie dazu in der Lage sind, ihre zufälligen Vertreter nicht für die finanziellen Konsequenzen von Beleidigungsprozessen verantwortlich machen.

Mit Recht hatte der Staatsanwalt in der Beleidigungsklage der Reichsre= gierung sechs Monate Gefängnis beantragt und in der Sache Grzesinski, von dem Goebbels im Oktober 1929 im "Angriff" behauptete, dass er sein Ministeramt "in unlauterer Weise zu niedrigen parteipolitischen Zwecken missbraucht" habe, drei Monate. Bei der Begründung des Strafantrages hiess es mit Recht "Eine grössere Verwilderung der politischen Sitten ist nicht möglich, eine Geldstrafe infolge= dessen keine angemessene Sühne".

Aber das Gericht - - -

Das Gericht ist ganz offenbar der Meinung, dass eine grössere Sittenver= wilderung ruhig Platz greifen darf. Das Gericht ist ganz offenbar der Meinung, dass Herr Goebbels weiter schmähen, weiter verleumden, weiter den Staat unter= höhlen darf. Das Gericht ist ganz offenbar der Meinung, dass der Dreck des

Herrn Goebbels ein Schmuck ist auf dem Schild der Nation. Aus diesem Grunde verurteilt das Gericht Herrn Goebbels nach dem Nazitarif. Aus diesem Grunde lässt das Gericht Herrn Goebbels in Freiheit. Aus diesem Grunde lässt das Gericht Herrn Goebbels eine Geldstrafe zahlen. Und aus diesem Grunde "strafft" das Gericht praktisch nicht Herrn Goebbels, sondern es lobt ihn, es ermuntert ihn!

Nicht nur die Nazis sind eine Schande für Deutschland. Eine ebenso grosse Schande für Deutschland ist diese Nazijustiz.

Ego.

+ + +
Eine Partei zu verkaufen!

Der "Dichter" Hall-Halfen will ein Geschäft machen - Gefoppte Bräute weinen um ihre Groschen - Der Rest der Partei: ein Emailleschild - Der "Mantel" für 90 000 Mark.

SPD. Vor der 3. Zivilkammer des Landgerichts II wurde am Sonnabend der Einspruch Wilhelm Hall-Halfens gegen die Deutsche Staatspartei verhandelt. Die Entscheidung, ob die jetzige "Deutsche Staatspartei" ihren Namen zu Recht tragen darf, wird am 23. August verkündet.

Der grosse Verhandlungssaal bis zum letzten Platz besetzt. Eine Ehebruchsache ist zur Zufriedenheit der Parteien ad akta gelegt. Nun steigt die Klage des Herrn Hall-Halfen gegen die Deutsche Staatspartei. Das Publikum reckt sich vergebens die Hälse aus. Der Kläger ist nicht erschienen. Nun, der Kläger tat gut daran, denn er schuldet den meisten im Saal eine beträchtliche Summe; er schimpft sich nicht nur Dichter, Diplomat und Verleger, sondern auch Darlehenskassenverwalter. Dem Darlehensgeschäft dienten auch die verschiedenen Gründungen des Herrn Hall-Halfen. Im Jahre 1926/27 gab er eine Zeitschrift heraus, die zwar den stolzen Titel "Staatspost" führte, aber praktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit erschien. Ausserdem hatte Herr Hall-Halfen eine "Reichsverkehrszentrale für selbstleuchtende Verkehrseinrichtungen" ins Leben gerufen, sich selber allerdings bei der Gelegenheit nicht erleuchtet; in der Verhandlung am Sonnabend heisst es sogar, es bestehe der begründete Verdacht, dass er geisteskrank sei. Schliesslich hat sich Herr Hall-Halfen auch mit Wahrsagen beschäftigt, und vielleicht hat er sich selber wahrgesagt, dass er an der Gründung des Herrn Mahraun 90 000 Mark verdienen kann. Wir wären immerhin erstaunt darüber. Denn der Berliner sagt schlagfertig, wie er ist, schon seit langem, dass mit der Staatspartei "kein Blumentopp zu gewinnen ist". Und nun gleich 90 000 Mark auf einen Ruck?

Man weiss, warum es geht: Im März vorigen Jahres hat Hall-Halfen mit drei Dentisten und zwei stellungslosen Bankvorstehern die "Deutsche Staatspartei" gegründet und sie im Vereinsregister des Amtsgerichts Berlin-Mitte eintragen lassen. Bis auf die Briefbogen und die amtliche Eintragung ist nichts auf den August 1930 überkommen. Oder doch - wir wollen als gute Chronisten nichts verschweigen - das Emailleschild, das einen Monat an einem Hause in der Friedrichstrasse den Sitz des Vereins anzeigte und seitdem nirgends zu sehen war, ist seit zwei Tagen im Büro eines eben gerade zugelassenen Rechtsanwalts angebracht worden, da ein ordentlicher deutscher Verein auch einen dazugehörigen Sitz haben muss.

Halfen, der polizeilich nicht zu ermitteln ist, wird von besagtem jungen Anwalt vertreten. Mit Engelszungen beschwört der die Reichsverfassung und die jedem Bürger gewährleisteten Rechte. Es ist auch vom Recht des kleinen Mannes die Rede - während im Zuhörerraum geprellte Beamte, Angestellte und betrogene

Bräute um ihre sauer verdienten Groschen trauern, die der Herr Diplomat in seinen verschiedenen Unternehmungen verpulvert hat. In zweistündigen Reden wird mit Gesetzesparagrafen jongliert und mit Kommentatoren um sich geworfen, dass es nur so eine Art hat, nur weil Herr Hall-Halfen im vorigen Jahr auf die Idee gekommen ist, eine Staatspartei zu gründen und jetzt den "Mantel" seines Vereins, natürlich nur gegen Selbstkostenpreis verkaufen will. Und wie hoch ist der Selbstkostenpreis? 90 000 Mark! Also sind es offenbar 90 000 Mark, mit denen Herr Halfen seine Schulden begleichen könnte. Und dann scheint er es wohl auch wieder wagen zu wollen, sich polizeilich anzumelden.

Die Staatspartei des Herrn Mahraun ist nicht geneigt, 90 000 Mark von den sorgsam gehüteten Wahlgeldern abzuzweigen. Sie steht auf dem Standpunkt - wie wir erfahren, ist das der einzige Standpunkt, auf dem die Deutsche Staatspartei fest steht -, dass nach ihrer Ansicht über die Zulassung einer Partei nicht das Vereinsregister, sondern der Reichswahlleiter zu entscheiden habe. Ausserdem stehe der Verein nur auf dem Papier und selbst das sei geduldig, denn es handelt sich ja überhaupt nur um einen kleinen Klub, dessen Präsident die Absicht hatte, Vorträge in Predigtform halten zu lassen.

So geringschätzig sollte die deutsche Staatspartei nicht mahraunen. In seinem herrlichen Gedichtband "Das fiebernde Berlin" verkündet Herr Hall-Halfen die Grundsätze aktivster Politik. Es heisst doch auf Seite 39 ebenso klar wie wegweisend:

Nur die Einbeitssprache in der
Grossgemischten Gruppenwelt.
Ist es, die die Landeskinder
Einig dort zusammenhält.

Was Europa braucht ist Frieden,
Nicht nur in der Fantasie,..!
Nein, so, wie es lehrt hienieden
Nur die Rein-Demokratie.

Und dem Mann soll nicht geholfen werden?

+ + +
Mittelholzers Pläne. Der Schweizer Flieger Mittelholzer, der zurzeit in Berlin weilt, hat in einem Interview geäussert, dass er nach wie vor die Absicht habe, den Mount Everest zu überfliegen, vorläufig jedoch noch keine restlos geeignete Maschine zur Verfügung habe. Ausserdem steht fest, dass Mittelholzer die datenmässig noch nicht ganz genau bestimmte Zeppelin-Expedition als wissenschaftlicher Photograph und Berater mitmachen wird.

+ + +
Bankier Meyer lebt! Der Berliner Bankier Meyer, der unter dem Zwange see= lischer Depression einen Selbstmordversuch durch Veronal unternommen hat, erwachte nach 24stündigem Schlaf, da die Dosis Gift, die er zu sich nahm, nicht gross genug war, um den Tod herbeizuführen. Die Firma des Bankiers erklärt im übrigen, dass alle Verbindlichkeiten des Hauses reguliert seien.

+ + +
Michael Bohnen geschieden. Der bekannte Sänger, Michael Bohnen, früher Mitglied der Berliner Staatsoper, hat sich in Los Angeles von der amerikanischen Operndiva Mary Lewis scheiden lassen.

+ + +
Und immer wieder Paragraph 175. Vor dem Amtsgericht Bräunschweig hatten sich drei Erpresser zu verantworten, sie wurden zu Gefängnisstrafen in Höhe von fünf, drei und zwei Jahren verurteilt. Der Anklage lag ein Tatbestand zu Grunde, der wieder einmal deutlich die Notwendigkeit der Abschaffung des § 175 des Reichsstrafgesetzbuches beweist. Ein 59-jähriger angesehenen gleichgeschlechtlich veranlagter Kaufmann hatte sich in eine flüchtige Bekanntschaft mit einem

homosexuellen Mann eingelassen. Ein Komplize desjenigen, der die Bekanntschaft gemacht hatte, überraschte "zufällig" die Beiden und verlangte Geld "für die Armenkasse", andernfalls er Anzeige erstatten müsse. Der erschrockene Kaufmann zahlte sofort 30 Mark. Die Erpresser folgten ihm dann nach seiner Wohnung und nach seinem Büro. Nachdem sie sich über die Personalien ihres Opfers informiert hatten, nahmen sie ihn in die Zange: Monatelang kamen die Erpresser, denen sich inzwischen noch weitere Komplizen angeschlossen hatten, von Hannover nach Braunschweig, um unter fortwährenden Drohungen mit der Bekanntgabe an die Staatsanwaltschaft und an die Familie den Mann einzuschüchtern. Der Kaufmann verkaufte Wertpapiere, um die auf fünf Köpfe angewachsene Bande zu befriedigen: insgesamt zahlte er 2 600 Mark. Als dann auch noch die Braut des einen Erpressers kam, um von dem angeblichen Onkel 1 500 Mark zu erbitten, die ihr Bräutigam durchgebracht hatte, ging der völlig gebrochene Mann zur Polizei, um sich selbst zu stellen. Seine Erlebnisse und seine Seelenqualen schilderte der Zeuge, bei dem sich seine gleichgeschlechtliche Neigung erst im hohen Alter bemerkbar machte, hier unter Tränen. Auf der Polizei erfuhr der Kaufmann, dass er sich auf Grund des berichteten Tatbestandes überhaupt nicht strafbar gemacht habe. Die Erpresserbande wurde verhaftet und verurteilt. Der Staatsanwalt sagte von den Angeklagten, dass "ein Geldschrankeinbrecher gegenüber diesen Erpressern noch ein Ehrenmann sei". Aus ihren widerspruchsvollen Aussagen konnte man entnehmen, dass sie in Hannover und Braunschweig noch mehrere begüterte Persönlichkeiten in der Zange hatten.

+ + +
Pallenberg tonfilmt! Max Pallenberg, der gegen die Mitwirkung in stummen Filmen bisher eine Antipathie hatte, weil er glaubt, sich nur als sprechender Schauspieler betätigen zu können, wird aller Voraussicht nach nunmehr doch im Rahmen der seiner Eigenart mehr gerecht werdenden Tonfilmproduktion arbeiten. Die Verhandlungen mit der Emelka stehen vor dem Abschluss. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird voraussichtlich sein, dass Pallenberg in zwei Tonfilmen die Hauptrolle spielt, darüber hinaus aber auch teilweise die Regie führt.

+ + +
Bootskatastrophe auf dem Rhein. Ein entsetzliches Unglück ereignete sich auf dem offenen Rheinstrom im Kölner Stadtgebiet. Ein Paddelbootfahrer, der die Segel gesetzt hatte, wurde vom Wind umgeworfen. Ein in der Nähe befindliches Boot des Wasserbauamtes fuhr zur Unglücksstelle und warf dem Verunglückten einen Rettungsring zu, den dieser auch erfasste. Bei dem Versuch aber, den Verunglückten an Bord zu ziehen, geriet das Paddelboot, an das sich der Verunglückte festgebunden hatte, in die Schraube des Bauamtsbootes. Hierdurch wurde die Rettungsleine zerrissen. Der Verunglückte wurde von der Schraube des Bootes erfasst und zermalmt.

+ + +
Bankraub. In Hoffmannsthal bei Köln drangen 2 maskierte Räuber in den Kassenraum der Reichssparkasse ein, hielten dem allein anwesenden Kassierer einen Revolver vor und zwangen ihn zur Herausgabe des Geldes. Noch ehe der Kassierer aber gezwungen werden konnte, auch den Geldschrank zu öffnen, gelang es ihm, auf den Hof zu flüchten. Die Verbrecher sind mit etwa 3 000 Mark entkommen.

+ + +
Petroleumkönig gestorben. Aus Amerika kommt die Meldung, dass Thomas Slick gestorben ist. Slick war als der reichste unabhängige Mann der Petroleumindustrie bekannt, und er dürfte wohl sogar einer der reichsten Männer der Welt gewesen sein. Vor eineinhalb Jahren hatte Slick seine Anteile an der Prairie Oil Company verkauft. Er erzielte für die Papiere 45 Millionen Dollar.

Gewerkschaftliche Rundschau

Hyänen auf dem Arbeitsmarkt!

Stellenvermittlungen oder Stehl-Ermittlungen.

SPD. Not und Verzweiflung haben von jeher Betrügern und Gaunern die Opfer zugetrieben. Wie ein Kranker häufig, wenn die Kunst der Aerzte versagt, Quacksalbern und Kurpfuschern in die Hände fällt, so laufen auch viele Erwerbslosen, wenn sie in einem verzweifelten Kampf um eine neue Arbeitsstelle trotz aller Anstrengungen nicht zum Ziel kommen, Gefahr, von Halunken unter Vorspiegelung von Stellenvermittlung um die letzten Groschen geprellt zu werden. Mancher wird, wenn er die Warnung vor Hyänen auf dem Arbeitsmarkt hört, den Kopf schütteln, weil er nicht glaubt, dass es in unserm so "erleuchteten" Zeitalter noch Leichtgläubige gibt, die auf den Leim von Stellenvermittlungsschwindlern fliegen. Und doch ist es so.

Vor einigen Jahren hat ein solcher Schwindler es fertig gebracht, sich in einem an die Reichsstelle für das Auswanderungswesen gerichteten Schreiben zynisch seine Erfolge zu rühmen. Er hat, als von Seiten der Schifffahrtsgesellschaften für die Auswanderung nach Kanada stark Propaganda gemacht wurde, von London aus Sechsmontatsverträge mit kostenloser Ueberfahrt angeboten. Er verlangte von den Interessenten, zur Deckung der "Unkosten" fünf Mark einzusenden. Auf Veranlassung der deutschen Botschaft wurden in London durch die Polizei Ermittlungen eingeleitet, der Vogel war jedoch rechtzeitig entwischt, und Alex Schwiedersky - so hiess der Schwindler - konnte sich die Frechheit erlauben, die deutschen Behörden und die deutschen Arbeitslosen mit der Bemerkung zu verhöhnen, es seien ihm für fünf Rentenmark aus Deutschland in so grosser Zahl zugegangen, dass er für sich selbst das Reisegeld nach Kanada reichlich zusammengebracht habe.

Die "Stellenvermittler" meiden vorsichtigerweise den deutschen Boden. Sie sitzen in der Regel ein paar Kilometer jenseits der Grenze. Da preist einer die holländischen Kolonien an. Er sagt, "sie bieten vielen jungen Leuten beiderlei Geschlechts eine glänzende Existenz in Regierungsbetrieben, in Grosshandel und Kleinhandel (Ladenbesitzer), in der Industrie (Petroleum, Hütten, Baugewerbe usw.), in Kulturplantagen (Zucker, Tabak, Tee, Kaffee, Kautschuk, Kopra usw.) sowie in der Schifffahrt, in Krankenhäusern, im Hotelbetrieb, in der Haushaltung usw., Gehälter von ab 350 bis 2 000 Gulden im Monat". Zu solchem Glück gelangt man, wenn man für 5½ Gulden ein Blättchen bezieht, worin alle "offenen" Stellen aufgenommen sind. Da sitzt in dem gewerbefleißigen Barcelona ein Senor Eusebio Martinez, der in deutschen Zeitungen sich als Vermittler von Stellen in Spanien anbietet. Auch hier ist die Hauptsache die Vorauszahlung einer Gebühr, Ist sie gezahlt, dann lässt der brave Eusebio Martinez, der von Beruf Friseur ist, nie mehr etwas von sich hören. Da will ein "Uncle Sam" -Südamerikadienst Positionen in Argentinien, Brasilien und Chile nachweisen - für 20 Reichsmark natürlich. Für 20 Reichsmark! Man sieht, das Geschäft muss sich lohnen, wenn so hohe Preise gefordert werden. Je höher der Preis, desto solidere macht sich die Offerte. Unter dem klangvollen Titel "Empresa Augusta" sucht ein Unbekannter in Guayaquil (Ecuador) durch Zeitungsanzeigen Personal für Zuckerplantagen. Er empfängt, obwohl die Beifügung von Briefmarken für 1 Sucre (etwa 1 Reichsmark) verlangt wird, Hunderte von Bewerbungen. Da meldet sich ferner eine Stellenvermittlungsfirma namens "Eskriptorio International

de Informaces" in Rio de Janeiro. Wie das klingt! Solch ein Firmenname wirkt auf die verzweifelten Stellensucher wie Anis auf die Tauben, und arme Schlucker sparen sich das Geld vom Munde ab, um einem Filou mit einem polnischen Namen ein paar Dollar zu opfern. Sogar unter der Deckfirma "The International Labour Office" suchte ein Biedermann im Trüben zu fischen. Er spiegelte vor, ein Londoner Haus benötige einen deutschen Korrespondenten. Der Wochenlohn betrage 4 Pfund und die Reise sei frei. Für die Vermittlung wurden 10 % des ersten Monatsgehalts verlangt und auch diese nur - "wenn Ihnen die Stelle zusagt. Im anderen Falle verpflichten wir uns, Ihnen ohne weitere Kosten Ihrerseits eine passende Stelle zum gleichen Gehalt zu beschaffen". Dann hiess es allerdings weiter: "Sollte dieses Angebot Sie interessieren, so bitten wir um postwendende Nachricht unter Zusendung von 10 Mark zur Deckung unserer Auslagen für die Regierungserlaubnis".

Die "Stellenvermittler" zerfallen in zwei Hauptgruppen: die einen beobachten die Stellengesuche Deutscher in der Fachpresse oder in ausländischen Tageszeitungen und bieten dann ihre "Dienste" an. Die anderen lassen ihre Verlockungen im Anzeigenteil deutscher Blätter ertönen. Es ist bedauerlich, dass die deutsche Presse bei der Aufnahme solcher Schwindelofferten nicht vorsichtiger ist. Wenn ein deutscher Arbeitsloser auf der Arbeitssuche mit einem solchen "Stellenvermittler" in Berührung kommt, dann sollte er es nicht unterlassen, schleunigst die Auswanderungsberatungsstellen zu unterrichten, damit den Schädlingen das Handwerk gelegt werden kann. Im übrigen zwingt die grosse internationale Arbeitslosigkeit in Verbindung mit der Wanderung der Arbeitskräfte zu einem Zusammenwirken der öffentlichen Arbeitsvermittlung in den verschiedenen Ländern. Davon sind wir leider heute noch weit entfernt. Erst wenn einmal in den führenden Industrieländern die öffentlichen Arbeitsnachweise die gesamte Arbeitsvermittlung restlos in der Hand haben, wird es möglich sein, auch an eine planmässige internationale Arbeitsvermittlung heranzugehen.

SPD. Die Erfassung der gesamten Arbeitsvermittlung durch die öffentlichen Arbeitsnachweise ist dem Unternehmertum ein Dorn im Auge. Die Freiheit der Stellenvermittlung wird von ihnen im Interesse zweckmässiger Auswahl der Arbeitskräfte und der persönlichen Freiheit der Arbeitnehmer gefordert. Wie es um diese Forderungen dort steht, wo die Reaktion sich in den Sattel geschwungen hat, sieht man am Faschismus in Italien. Er hat ein Gesetz erlassen, das die Zwangsvermittlung von Arbeitskräften im Handels- und Gastgewerbe vorsieht. Danach ist jeder Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter Androhung schwerer Strafen gezwungen, sich ausschliesslich der staatlichen Vermittlung zu bedienen, für welche die gesetzlichen Vorzugsrechte, Mitgliedschaft bei der faschistischen Partei, Syndikaten, Frontkämpfern usw. bindend sind. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, jede Entlassung dem staatlichen Stellenvermittlungsamt binnen 5 Tagen mitzuteilen. Sie dürfen keinen neuen Angestellten aufnehmen, den sie nicht aus den Verzeichnissen des Amtes auswählen. Die staatlichen Arbeitsämter berücksichtigen bei der Arbeitsvermittlung ausschliesslich Mitglieder der faschistischen Partei. Hier ist die von den Gewerkschaften verfochtene Idee eines öffentlichen Arbeitsnachweises, die die gesamte Arbeitsvermittlung in der Hand hat, durch den Faschismus in ein Zwangsinstrument verwandelt worden. Nur der Faschist erhält Arbeit. Dass auf diese Weise die Gesinnungslumperei geradezu gezüchtet werden muss, liegt auf der Hand. Von der faschistischen Arbeitsvermittlung gilt, was von der gesamten faschistischen Arbeiterpolitik zu sagen ist: was an ihr gut ist, ist nicht neu und nicht faschistisch, und was an ihr neu und faschistisch ist, ist nicht gut.

SPD. Das Lohnkündigungsschreiben des Ruhrzechenverbandes ist bis jetzt bei den Bergarbeiterverbänden noch nicht eingegangen. Infolgedessen konnte auch noch keine offizielle Stellungnahme der Organisationen zur Kündigung der Lohnordnung erfolgen. Die Bergarbeiterverbände werden, sobald die Kündigung und ihre Begründung vorliegen, unverzüglich in eine eingehende Prüfung der Gesteigungskosten des Ruhrbergbaus eintreten, und sie erwarten von den Arbeitgebern die Vorlegung des von ihnen für die Selbstkostenerhebung erforderlich erachteten Unterlagenmaterials.

Eine Kündigung der Lohnordnung durch die Bergarbeiterverbände erfolgt nicht. Sie erübrigt sich durch den Schritt des Zechenverbandes. Die Bergarbeiterorganisationen lehnen schon jetzt mit aller Entschiedenheit jede Verantwortung für eine Verschärfung der Sozialkrise im Ruhrbergbau ab, wie sie durch die Ankündigung der Lohnsenkungsaktion durch den Zechenverband hervorgerufen wurde.-

+ + +

Die Ruhrzechen denken nach bürgerlichen Meldungen an eine Lohnreduzierung um 10 %, der eine Kohlenpreissenkung um 1 Mark pro Tonne im Durchschnitt folgen soll. Eine 10%ige Lohnsenkung bedeutet eine Lohnersparnis von rund 67 Pfennigen. Danach hätten also die Zechen die Absicht, über die Lohnersparnis hinaus noch ihrerseits zur Preissenkung beizutragen. Mit diesen Zahlen ist jedoch über die wirklichen Verhältnisse noch nichts gesagt; denn die Zechen denken kaum daran, noch eine weitere tatsächliche Preissenkung vorzunehmen, da die Erlöse schon jetzt zu einem guten Teil unter den offiziellen Preisen liegen. Die riesigen Kohlenhalden zeigen, dass der Absatz stockt. Man ruft nach Eideckung mit Kohle für den Winter. Hier fehlt es jedoch, soweit die breiten Massen in Frage kommen, an der Nachfragemöglichkeit, weil kein Verdienst da ist, und auf der andern Seite ist die Handelsspanne bei der Kohle zu gross. Ohne Steigerung des Absatzes nützt aber den Zechen eine weitere Senkung der Preise kaum etwas.

Angesichts dieser Tatsachen ist gegenüber ihrer angeblichen Bereitschaft zu einer Kohlenpreissenkung um 1 Mark pro Tonne grösste Vorsicht am Platze. Zweifellos wollen die Zechen im Hinblick auf ihre unter den offiziellen Preise liegenden Erlöse sozusagen aus der Not eine Tugend machen und für eine bereits faktisch vorhandene Preissenkung, also nicht für ein wirkliches Opfer bei den Bergarbeitern eine Lohnsenkung, d.h. ein sehr reales Opfer einhandeln. So geht das nicht. - Im übrigen muss die Selbstkostenberechnung gründlich nachgeprüft werden. Die Behauptung der Zechen, die Steigerung der Leistung habe nicht vermocht, die letzte geringfügige Lohnerhöhung vom April vorigen Jahres völlig auszugleichen, lässt sich kaum aufrechterhalten. Die Leistung pro Mann und Schicht ist vom April vorigen Jahres bis zum Mai ds. Js. von 1269 auf 1331 Kilogramm gestiegen. Wenn die Angaben über den Lohnanteil pro Tonne geförderter Kohle auseinandergehen - nach den Berechnungen der Gewerkschaften 6,75 Mark, nach der Arbeitgeber rund 10 Mark - so erklärt sich die Differenz zum grössten Teil schon daraus, dass die Gewerkschaften den reinen Lohn berechnen. Wenn in die Arbeitskosten noch die Sozialbeiträge und die Beamtengehälter eingerechnet werden, dann muss natürlich der Lohnanteil steigen. Die Arbeitgeber sagen, in den gesamten Selbstkosten seien es lediglich die Löhne, durch deren Herabsetzung ein Spielraum geschaffen werden könne. Das ist sehr leicht gesagt, aber der Bergmann verdient, wenn auf der einen Seite infolge der schlechten Lage die Selbstkosten steigen, seinerseits bereits bedeutend weniger und von dem Hinweis auf den Lebenshaltungsindex wird er nicht satt, wenn sein Lohnerlös sehr beachtlich zusammen geschrumpft ist.

Mit Lohnsenkungen sind im Ruhrbergbau, wie die Dinge zurzeit liegen, keine grossen Sprünge zu machen.



Die Kopfsteuer.

Von Dr. Erich Rinner.

SPD. Die Bürgerblockregierung Brüning hat den Mut aufgebracht, die Kopfsteuer zum zweiten Mal durch die neuen Notverordnungen einzuführen. Aber sie hat dabei den Versuch gemacht, dieser unsozialsten aller Steuern ein soziales Mäntelchen umzuhängen. Ursprünglich sollte die Kopfsteuer von allen Männern und Frauen mit demselben Satz erhoben werden. Die arme Heimarbeiterin, der schlecht bezahlte Landarbeiter, die niedrig entlohnten Arbeiter und Angestellten in Industrie und Gewerbe sollten von ihren kargen Löhnen denselben Betrag entrichten, wie der Generaldirektor oder der Millionär.

Nachträglich hat man aber doch wegen dieser Ungeheuerlichkeit Bedenken bekommen. Aus Angst vor den Wählern ist jetzt die Abgabe gestaffelt worden. Das aber ist in einer Weise geschehen, durch die die Kopfsteuer nicht das geringste von ihrer Brutalität einbüsst. Die neue Notverordnung bestimmt, dass bis zu 8 000 Mark Jahreseinkommen 6 Mark Kopfsteuer zu entrichten sind, zwischen 8 000 und 25 000 Mark Einkommen 12 Mark und so weiter bis zu den wenigen Rieseneinkommen von über 500 000 Mark, die jährlich 1 000 Mark an Kopfsteuer entrichten sollen.

Die bürgerliche Presse behauptet jetzt, dass man infolge dieser Staffelung überhaupt nicht mehr von einer Kopfsteuer reden könne, sondern dass es sich um einen Zuschlag zur Einkommensteuer handle. Diese Behauptung ist eine dreiste Lüge. Gerade wenn man die Kopfsteuer in ihrer neuen Form als einen Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer betrachtet, tritt ihr unsozialer Charakter besonders krass hervor. Hierfür einige Beispiele:

Ein Familienvater mit zwei Kindern und dem kärglichen Jahreseinkommen von 1825 Mark hat jährlich 12 Mark Lohnsteuer zu zahlen. Er muss jetzt dazu für sich und seine Ehefrau eine Kopfsteuer von 9 Mark entrichten. Das ist also ein Zuschlag von 75 Prozent seiner bisherigen Lohnsteuer.

Der gut bezahlte Angestellte mit einem Einkommen von über 15 000 Mark jährlich hatte bisher eine Einkommensteuer von rund 1800 zu leisten. Er muss in Zukunft für sich und seine Ehefrau 18 Mark an Kopfsteuer zahlen. Für ihn bedeutet also die Kopfsteuer nur einen Zuschlag von 1 Prozent seiner Einkommensteuer.

Der Schwerverdiener mit einem Jahreseinkommen von 100 000 Mark unterliegt einer Einkommensteuer von jährlich 30 000 Mark. Seine Kopfsteuer macht dagegen für ihn und seine Ehefrau nur ganze 150 Mark im Jahre aus. Hier stellt somit die Kopfsteuer nur noch einen Zuschlag von einem halben Prozent zur Einkommensteuer dar!

So sieht dieser famose Zuschlag zur Einkommensteuer aus! Je höher das Einkommen ist, umso geringer wird der Zuschlag. Bei den kleinsten Einkommen bedeutet die Kopfsteuer fast eine Verdoppelung ihrer bisherigen Steuerlast; bei den hohen Einkommen ist die Mehrbelastung überhaupt nicht mehr fühlbar. Und das ist es geradem was der Bürgerblock mit dieser Steuer bezwecken will: Nur die kleinen Einkommen sollen empfindlich getroffen werden, nur für die am geringsten bezahlten Arbeiter und Angestellten soll sie eine harte und drückende Mehrbelastung sein. Nur um den Schein zu wahren, zieht man überhaupt die wohlhabenden Schichten mit heran. Und trotz der Staffelung hat man es verstanden, die Kopfsteuer so einzurichten, dass die hohen Einkommen überhaupt

nicht fühlbar getroffen werden.

Aber damit nicht genug. Dieser überfein ausgeklügelte "Zuschlag" zur Einkommensteuer soll sogar von denen erhoben werden, die überhaupt keine Einkommensteuer zu zahlen haben. Auch die Einkommen unter 1200 Mark jährlich, die bisher keine Lohnsteuer und Einkommensteuer zu entrichten hatten, müssen in Zukunft Kopfsteuer zahlen. Die Regierung Brüning hat in diesen Fällen den Satz der Kopfsteuer grossmütig von 6 Mark auf 3 Mark ermässigt. Aber was bedeutet das?

Ein Invalidenrentner, der mit einer monatlichen Rente von 30 Mark kümmerlich sein Dasein fristet, muss 3 Mark an Kopfsteuer entrichten. Da er nur 1 Mark für den Tag zu verzehren hat, raubt ihm die Kopfsteuer den Lebensunterhalt für drei Tage. Ein hoch bezahlter Angestellter jedoch, der ein Monatseinkommen von 1800 Mark hat, also 60 Mark täglich verdient, braucht nur 12 Mark Kopfsteuer zu zahlen. Für ihn macht die Kopfsteuer also nur den fünften Teil eines Tagesverdienstes aus.

So wirkt die Negersteuer trotz der Staffelung! Es bleibt dabei, dass die Sozialrentner und die Erwerbslosen, die Kriegsbeschädigten und die Unfallrentner mit dieser Steuer belastet werden, auch wenn ihr Einkommen noch so klein ist und nicht im entferntesten zum Lebensunterhalt ausreicht. Nur die Empfänger von Krisenunterstützung und die Wohlfahrtsrentner werden freigelassen, aber nur, weil man nicht die Männer und Frauen einer besonderen Gemeindesteuer unterwerfen konnte, die von der Gemeinde unterstützt werden. Vor diesem Widersinn ist man doch zurückgeschreckt.

Die "Staffelung" der Kopfsteuer ist ein würdiges Gegenstück zu der unsozialen Ausgestaltung der Reichshilfe und der Ledigensteuer. Auch bei der Reichshilfe der Beamten ist der Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer bei den kleinen Einkommen viel höher als bei den grossen. Der Beamte mit 200 Mark Monatseinkommen muss einen Zuschlag von 90 Prozent entrichten, der Beamte mit 2 000 Mark Einkommen aber nur einen Zuschlag von 20 Prozent. Ebenso ist es bei der Ledigensteuer. Die ledigen Männer und Frauen mit geringem Einkommen müssen einen Zuschlag von mehr als 25 Prozent entrichten, die mit hohem Einkommen aber werden nur mit 10 Prozent Zuschlag belastet.

So zeigen alle steuerpolitischen Massnahmen der Bürgerblockregierung den gleichen unsozialen und plutokratischen Charakter: drückendste Mehrbelastung der Schwachen und zugleich schonendste Behandlung der Leistungsfähigen. Der Bürgerblock mag sich drehen und wenden wie er will. Was er auch immer unternimmt aus Scham über die Brutalität seiner Massnahmen, aus Angst vor der Abrechnung am Wahltage, es wird ihm trotz aller Heuchelei nicht gelingen, seine wahren Absichten zu verbergen. Die Wähler werden seine Absichten erkennen und werden dem Bürgerblock am 14. September die Antwort erteilen, die er verdient.

SPD. Das Reichsjustizministerium hat den Entwurf zur Aktienreform der Öffentlichkeit vorgelegt. Da durch die strukturellen Aenderungen in der Wirtschaft sich Misstände auf allen Gebieten des Aktienrechts herausgebildet haben, hat das Ministerium darauf verzichtet, eine Novelle zum jetzt bestehenden Handelsgesetz abzufassen, da hierdurch nur Teilarbeit geleistet werden würde. Der Entwurf sieht vielmehr vor, das ganze Aktienrecht aus dem Handelsgesetzbuch herauszunehmen und in einem neuen Gesetz zu kodifizieren. Das neue Gesetz wird 260 Paragraphen umfassen, also 100 Paragraphen mehr als die aktienrechtlichen Bestimmungen im Handelsgesetz. Neben einer Anzahl neugeschaffener Paragraphen ist die Erweiterung darauf zurückzuführen, dass in dem neuen Gesetz eine ganze Anzahl unübersichtlicher Paragraphen des alten Gesetzes aufgelöst sind.

Das neue Gesetz bringt wohl eine Anzahl wichtiger Reformen, jedoch sind in wesentlichen Punkten auch die Mindestforderungen an Reformen unberücksichtigt geblieben. Als ein Fortschritt sind die gesetzlichen Bestimmungen über

die Gliederung der Bilanz, sowie Gewinn- und Verlustrechnung zu bezeichnen. Hier wird den Forderungen der Öffentlichkeit Rechnung getragen. So wird, um nur einen Fall zu nennen, nach dem neuen Gesetz die alte Unsitte nicht mehr möglich sein, dass die meisten Aktiengesellschaften und besonders die grossen Konzerne in der Gewinn- und Verlustrechnung sämtliche Unkosten, Sozialabgaben und Steuern in einem einzigen Posten ausweisen oder, wie es z.B. der Siemens-Konzern macht, sämtliche Unkosten und Abschreibungen vorweg abzusetzen. In dem neuen Gesetzentwurf sind sowohl für die Gewinn- wie für die Verlustrechnung genaue Vorschriften enthalten, welche Posten angeführt werden müssen. Wenn es auch bedauerlich ist, dass in dem neuen Aktiengesetz stille Reserven grundsätzlich zugelassen sind, so ist den Verdeckungstendenzen der Aktiengesellschaften wenigstens in dem einen Punkt ein Riegel vorgeschoben worden, dass künftig unter den Kreditoren (Schulden) keine stillen Reserven mehr enthalten sein dürfen.

Auch das vielfache Versagen der Aufsichtsräte findet in dem neuen Gesetzentwurf seinen Niederschlag. Künftig wird der Aufgabenkreis des Aufsichtsrats, dem er bisher, wie die Praxis gezeigt hat, in einer Unzahl von Fällen gar nicht gewachsen war, eingeschränkt werden und eine zwangsweise Bilanzprüfung durch unabhängige Buchprüfer eingeführt werden. Wesentlich ist, dass jedes einzelne Mitglied des Aufsichtsrates künftig das Recht haben soll, von dem Vorstand Bericht über den Stand des Unternehmens einzufordern. Auch in dem Fragerecht der Aktionäre auf den Generalversammlungen, der Zuständigkeit der Generalversammlungen, dem Gebiet der Mehrstimmaktien sowie der gleichfalls vielfach missbrauchten Vorratsaktien, die völlig aufgehoben werden, ist zweifellos ein fortschrittlicher Geist zu erkennen.

Trotzdem lässt der Entwurf verschiedene Grundforderungen, die besonders von gewerkschaftlicher Seite aufgestellt wurden, vermissen. So fehlt der obligatorische Zweimonatsbericht der Unternehmungen mit Umsatzangabe, ferner die vom Reich eingesetzte Kontrollstelle für Bilanzklarheit und was für die Arbeiterschaft besonders wichtig ist, eine Festlegung derart, dass die Betriebsräte in sämtlichen Kommissionen, die ein Aufsichtsrat bildet, auch vertreten sind. Bisher war die Arbeit der Betriebsräte durch diese Kommissionsbildung in vielen Fällen illusorisch geworden. Der Entwurf des Reichsjustizministeriums dürfte also in wesentlichen Punkten bei der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften eine sehr kritische Stellungnahme finden.

SPD. Der Reichsverband der Deutschen Industrie veröffentlicht einen Wahlaufruf, in dem er seine Mitglieder auffordert, ihre Unterstützung durch Mitarbeit und Stimmabgabe nur solchen Parteien zuzuwenden, "die auf dem Boden der Verfassung stehen, die unzweideutig für die Erhaltung und Entwicklung der Privatwirtschaft sowie für das Privateigentum eintreten und die alle kollektivistischen Experimente ablehnen". Das ist der Aufruf zu Gunsten einer Politik, die man mit Recht als kalte Privatisierung bezeichnet hat. Das ist der Kampf gegen die öffentlichen Betriebe, Kampf gegen die Gemeinden. Das ist die Politik, die durch Verramschung öffentlicher Werke mit Hilfe der deutschen Grossbanken an das ausländische Finanzkapital bezeichnet wird. Wir erinnern nur an den Verkauf der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen. Auf diese Politik geht die Abschnürung der Gemeinden von den Auslandsgeldmärkten durch die Beratungsstelle zurück. Diese Abschnürung machte die öffentlichen Werke nicht nur für die Verramschung an das Privatkapital reif, sondern zwang auch die Gemeinden, ihre Aufträge zu drosseln. So ist diese Politik nicht zuletzt Grund und Ursache für die gegenwärtige fürchterliche Wirtschaftskrise und das ständige Anwachsen des Arbeitslosenheeres. Diese Politik arbeitet auf Abbau der sozialen Fürsorge und auf Abbau der Wohlfahrtseinrichtungen hin, ohne Rücksicht darauf, wo die Hunderttausende, die durch die Wirtschaftskrise um Arbeit und Brot gekommen sind, bleiben. Das steckt hinter der Ablehnung kollektivistischer Experimente und die Erhaltung und Entwicklung der Pri-

Wirtschaft, für die sich der Reichsverband der Deutschen Industrie in seinem Wahlauftritt einsetzt!

In seinem Wahlauftritt erhebt der Reichsverband der Deutschen Industrie den Vorwurf, dass "die Wirkungen der internationalen Wirtschaftskrise auf Deutschland durch Verschleppen notwendiger Reformen verstärkt wurde, anstatt durch einsichtige und tatkräftige Politik gemildert zu werden, dass das Vertrauen weiter Volks- und Wirtschaftskreise zur Staatsführung gefährlich gelähmt ist und die herrschende Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit im kommenden Winter die schlimmsten Formen annehmen wird." Dieser Vorwurf kann nur dem Kabinett Brüning-Schiele und den Parteien gemacht werden, die dieses Kabinett stützen. Die Sozialdemokratie war die Partei, die mit der neuen Reparationsregelung eine grosszügige Finanzreform verknüpft wissen wollte, die zugleich Wirtschaftsreform war und die Wirtschaft anregen konnte. Der Versuch einer solchen Regelung und Milderung der Krise ist an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien gescheitert, wie auch die sozialdemokratische Forderung nach einer positiven Konjunkturpolitik und einem grosszügigen Arbeitsbeschaffungsprogramm durch Konzentration der öffentlichen Aufträge tauben Ohren begegnete. Wenn der Wirtschaftskrise in Deutschland nicht mehr durch geeignete Mittel begegnet worden ist, dann tragen die bürgerlichen Parteien daran die Schuld. Das Kabinett Brüning-Schiele hat durch seine unsinnige agrarpolitischen Massnahmen und durch seine Verteuerungspolitik die Krise wesentlich verschärft. Ihr Versprechen, die Wirtschaft durch Preissenkung anzuregen, ist bisher unerfüllt geblieben und wird leider unerfüllt bleiben. So sehen die Parteien aus, für die der Reichsverband der Deutschen Industrie für die Reichstagswahlen wirbt! Arbeiter werden nicht in die Gefahr kommen, diesen Parteien ihre Stimme zu geben.

SPD. Der deutsche Aussenhandel schliesst für den Monat Juli im reinen Warenverkehr mit einer Einfuhr von 909,175 Millionen Mark (Juni = 813,607 Millionen Mark) und mit einer Ausfuhr von 950,449 Millionen Mark (Juni = 910,228 Millionen Mark) ab. In der Ausfuhr stecken 55 Millionen Mark Reparationssachlieferungen (Vormonat = 52 Millionen Mark). Die Zunahme der Ausfuhr beruht auf einer Steigerung des Fertigwarexports, der sich von 669,9 Millionen Mark im Vormonat auf 706,6 Millionen Mark erhöhte. Die Rohstoffeinfuhr ist ebenfalls angestiegen und zwar von 440,6 Millionen Mark im Vormonat auf 478,7 Millionen Mark. Die Zunahme ist, wenn man die Preisabflachungen auf den Weltmärkten berücksichtigt, recht beträchtlich und gestattet unter Umständen Schlüsse auf die Wirtschaftslage in Deutschland. Gestiegen ist auch die Lebensmitteleinfuhr und zwar von 215 Millionen Mark auf 273,4 Millionen Mark.

Die Steigerung der Fertigwarenausfuhr geht auf vermehrte Ausfuhr von Textilfertigwaren und auf grösseren Export von Wasserfahrzeugen, chemischen und pharmazeutischen Waren und von elektrischen Maschinen und Waren zurück.

SPD. Die Reichsbank teilt mit: "Die Reichsbank wird von jetzt an auch Wechsel und Schecks auf Niederländisch Indien ankaufen, wenn sie über Gulden oder Reichsmark lauten und eine Laufzeit von 3 Monaten haben. Wechsel mit einer Laufzeit von mehr als 3 bis zu 6 Monaten wird sie für Rechnung der Deutschen Golddiskontbank hereinnehmen. Für die über Gulden lautenden Wechsel und Schecks erfolgt die Abrechnung, da sich der Kurs von Auszahlung Batavia nach den Kursen von Auszahlung Holland richtet, zum Mittelkurs für Auszahlung Amsterdam. Gegebenenfalls unter Berechnung eines Agios oder Desagios, dessen Höhe die Reichsbank an jedem Sonnabend im Reichsanzeiger veröffentlicht wird und das für die anschliessende Woche Gültigkeit hat."

Weizen knapp angeboten.

(Berliner Getreidebörse vom 16. August)

SPD. Das Angebot, das an der Berliner Produktenbörse vom Sonnabend vorlag, war namentlich in Weizen recht knapp. Infolge der ungünstigen Witterung und der festeren Auslandsmeldungen konnten daher die Preise am Markte der Zeitgeschäfte wie auch im Handel mit effektiver Ware um 2 bis 3 Mark anziehen, obwohl sich auch bei den Käufern eine gewisse Zurückhaltung bemerkbar machte. Roggen wurde von der Bewegung mitgezogen und gewann gleichfalls am Loco- wie am Effektenmarkt etwa 1 bis 2 Mark. Hierbei erfolgten wiederum Käufe durch die Stützungsstelle. Am Mehlmarkt hat sich die Umsatztätigkeit etwas belebt. Auch für Herbstlieferung konnten einige Abschlüsse zustande kommen. Die Mühlen versuchten zwar, etwas höhere Forderungen durchzusetzen; jedoch wurden diese von den Käufern fast durchweg abgelehnt. Hafer hatte stetige Tendenz. Auch hier werden die höheren Preise der Eigner nur zögernd bewilligt.

	15. August (ab märkische Station in Mark)	16. August
Weizen	249 - 252	252 - 255
Roggen	162	164
Braugerste	205 - 225	205 - 255
Futter- und Industrieroggen	183 - 198	183 - 198
Hafer	183 - 193	184 - 194
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	29,50 - 37,50	29,50 - 37,50
Roggenmehl	24,00 - 26,25	24,00 - 26,50
Weizenkelei	9,75 - 10,00	9,75 - 10,00
Roggenkleie	9,75 - 10,00	9,50 - 9,75

Handelsrechtliche Lieferungs-geschäfte: Weizen September 267 (Vortag 264 $\frac{1}{2}$), Oktober 270 (268), Dezember 277 (275). Roggen September 176 (174 $\frac{1}{4}$), Oktober 179 (177 $\frac{1}{2}$), Dezember 189 (187). Hafer September 181 $\frac{1}{2}$ (180), Oktober 186 $\frac{3}{4}$ (185), Dezember 192 (189).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 16. August: I. 139 Mark, II. 127 Mark, III. 111 Mark je Zentner. Tendenz: ruhig. Die Verkaufspreise des Grosshandels würden dementsprechend für den Zentner Inlandsbutter Ia Qualität auf 157-160 Mark, für IIa Qualität auf 151-156 Mark und für dänische Butter auf 165-170 Mark festgesetzt.

SPD. Von den grossen Industrieunternehmungen, die jetzt mit ihren Dividendenschätzungen hervortreten, dürfte das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) eine Dividende von 10% , wie im Vorjahr zahlen. Die Dividendensumme erhöht sich jedoch durch die erfolgte Kapitalserhöhung ganz beträchtlich. Bei den Klöcknerwerken, die im Vorjahr ihre Dividende von 6 auf 7% erhöhten, dürfte wahrscheinlich eine Dividendenreduzierung eintreten. Bei der Frankfurter Elektrofirma Lahmeyer (Elektrizitäts A.G.) wird die Dividendenaussicht mit 12% als günstig beurteilt.

Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

7. Tag. V. Klasse. - Vormittagsziehung vom 16. August.

2 Gewinne zu je	10 000 Mk.	319954						
4 Gewinne zu je	5 000 Mk.	40148	195081					
2 Gewinne zu je	3 000 Mk.	34857						
6 Gewinne zu je	2 000 Mk.	133312	254506	372982				
58 Gewinne zu je	1 000 Mk.	5632	10853	18402	24469	61183	61860	
		61888	62072	90304	94639	102313	113112	
		115948	117574	127196	158799	184995	188020	
		194596	208576	222647	238118	238339	244416	
		257639	263149	372119	384873	387976		
90 Gewinne zu je	500 Mk.	16093	17169	22337	41156	49019	60363	
		64945	78824	85021	94681	105847	106897	
		132519	137501	137934	144209	146318	154320	
		164418	174973	177947	179336	191900	203616	
		205886	214644	215593	231942	232281	234434	
		241486	256021	259401	260151	272450	289582	
		294520	301002	320910	325344	327929	340067	
		387022	387546	391682				
242 Gewinne zu je	300 Mk.	3778	10552	11784	13024	15836	17172	
		21910	21937	30384	34972	35709	37919	
		40110	41526	45497	53740	54522	62245	
		69436	70590	73327	75692	77363	83446	
		89919	93882	96472	97368	103047	107154	
		112205	115360	116052	121506	123760	130154	
		133718	134320	138872	141373	141516	144901	
		159104	161656	163214	165277	169514	170558	
		178326	181605	182037	183715	187258	187435	
		189077	197407	205075	211515	212636	212685	
		214355	219786	220686	221243	224752	224876	
		228605	231038	233129	236998	237210	240737	
		240822	243402	248917	249204	251684	256323	
		256697	257780	259433	265917	270331	276810	
		276947	277384	283653	284421	287215	300648	
		306265	307770	312404	317458	322479	324333	
		325586	327646	328012	336633	341492	344376	
		347385	350973	351095	353396	354129	363237	
		364181	370914	372916	377390	383707	390904	
		393621	395133	395446	397170	397171	397477	
		399472.						

7. Tag. V. Klasse - Nachmittagsziehung vom 16. August.

2 Gewinne zu je	300 000 Mk.	229622					
2 Gewinne zu je	10 000 Mk.	54240					
2 Gewinne zu je	5 000 Mk.	345742					
20 Gewinne zu je	3 000 Mk.	16851	31971	136756	168344	228365	228568
		277673	301768	346588	348348		
14 Gewinne zu je	2 000 Mk.	21396	113959	307780	318765	332792	387964
		393069					
32 Gewinne zu je	1 000 Mk.	2132	2790	4113	29945	40224	78636
		114591	170491	172875	274928	286999	296840
		304311	373075	394307	396371		

	e	500 Mk.	5702	6529	19394	42240	68569	81180
			81839	87235	109735	112615	121163	169534
			195329	207609	224833	226202	241590	246310
			276506	280390	296330	298520	327282	329115
			336678	340416	370018	398720	399412	
ne zu je		300 Mk.	9011	9605	19263	32223	38037	39327
			47422	59627	60662	63969	70271	72649
			74184	74373	79935	83168	83597	83942
			87371	99164	102666	108545	113862	119414
			122538	125291	134365	135993	136470	140486
			142990	149216	155233	159070	163328	164378
			164925	169869	171212	172669	174742	175456
			181017	181692	185115	191693	192894	194803
			200338	207294	210562	212495	221216	233274
			236492	239675	246311	248054	251047	253576
			262907	263924	276762	280173	290219	291073
			312765	315927	318373	319570	333819	334982
			360587	368410	371879	377248	378164	378688
			379054	385340	388989	395974	398861	

Gewinnrade verblieben:

2 Prämien zu je 500 000 Mk.	2 Gewinne zu je 500 000 Mk.
2 Gewinne zu je 200 000 Mk.	2 Gewinne zu je 100 000 Mk.
2 Gewinne zu je 75 000 Mk.	4 Gewinne zu je 50 000 Mk.
3 Gewinne zu je 25 000 Mk.	70 Gewinne zu je 10 000 Mk.
26 Gewinne zu je 5 000 Mk.	362 Gewinne zu je 3 000 Mk.
502 Gewinne zu je 2 000 Mk.	1572 Gewinne zu je 1 000 Mk.
148 Gewinne zu je 5 000 Mk.	9106 Gewinne zu je 300 Mk.

SPD.

e	500 Mk.	5702	6529	19394	42240	68569	81180
		81839	87235	109735	112615	121163	169534
		195329	207609	224833	226202	241590	246310
		276506	280390	296330	298520	327282	329115
		336678	340416	370018	398720	399412	
ane zu je	300 Mk.	9011	9605	19263	32223	38037	39327
		47422	59627	60662	63969	70271	72649
		74184	74373	79935	83168	83597	83942
		87371	99164	102666	108545	113862	119414
		122538	125291	134365	135993	136470	140486
		142990	149216	155233	159070	163328	164378
		164925	169869	171212	172669	174742	175456
		181017	181692	185115	191693	192894	194803
		200338	207294	210562	212495	221216	233274
		236492	239675	246311	248054	251047	253576
		262907	263924	276762	280173	290219	291073
		312765	315927	318373	319570	333819	334982
		360587	368410	371879	377248	378164	378688
		379054	385340	388989	395974	398861	

Gewinnrade verblieben:

2 Prämien zu je	500 000 Mk.	2 Gewinne zu je	500 000 Mk.
2 Gewinne zu je	200 000 Mk.	2 Gewinne zu je	100 000 Mk.
2 Gewinne zu je	75 000 Mk.	4 Gewinne zu je	50 000 Mk.
8 Gewinne zu je	25 000 Mk.	70 Gewinne zu je	10 000 Mk.
26 Gewinne zu je	5 000 Mk.	362 Gewinne zu je	3 000 Mk.
102 Gewinne zu je	2 000 Mk.	1572 Gewinne zu je	1 000 Mk.
148 Gewinne zu je	5 000 Mk.	9106 Gewinne zu je	300 Mk.

SPD.

	500 Mk.	5702	6529	19394	42240	68569	81180
		81839	87235	109735	112615	121163	169534
		195329	207609	224833	226202	241590	246310
		276506	280390	296330	298520	327282	329115
		336678	340416	370018	398720	399412	
ane zu je	300 Mk.	9011	9605	19263	32223	38037	39327
		47422	59627	60662	63969	70271	72649
		74184	74373	79935	83168	83597	83942
		87371	99164	102666	108545	113862	119414
		122538	125291	134365	135993	136470	140486
		142990	149216	155233	159070	163328	164378
		164925	169869	171242	172669	174742	175456
		181017	181692	185115	191693	192894	194803
		200338	207294	210562	212495	221216	233274
		236492	239675	246311	248054	251047	253576
		262907	263924	276762	280173	290219	291073
		312765	315927	318373	319570	333819	334982
		360587	368410	371879	377248	378164	378688
		379054	385340	388989	395974	398861	

Gewinnrade verblieben:

2 Prämien zu je	500 000 Mk.	2 Gewinne zu je	500 000 Mk.
2 Gewinne zu je	200 000 Mk.	2 Gewinne zu je	100 000 Mk.
2 Gewinne zu je	75 000 Mk.	4 Gewinne zu je	50 000 Mk.
3 Gewinne zu je	25 000 Mk.	70 Gewinne zu je	10 000 Mk.
26 Gewinne zu je	5 000 Mk.	362 Gewinne zu je	3 000 Mk.
502 Gewinne zu je	2 000 Mk.	1572 Gewinne zu je	1 000 Mk.
148 Gewinne zu je	5 000 Mk.	9106 Gewinne zu je	300 Mk.

SPD.